

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Gris Nitzinghaus, Berlin.
Verleger: Emil Schlegel 4100/4100



Redaktion für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin O 20 61, Zoltz-Wilms-Platz 6
Telefon: 60210

Die Zeitung wird in der Gasse
des Mittel 11 an der Haupt-Poststation, Berlin O 20 61, Zoltz-Wilms-Platz 6
an den Abonnenten, wenn diese nicht anders befohlen haben, zu dem Preis von 10 Pfennig
zu den Abonnenten, wenn diese nicht anders befohlen haben, zu dem Preis von 10 Pfennig

Berlin, den 9. Febr. 1933.

Hilf die Macht
des Geschichtens
Amsterdam

Hungerriemen enger !

Zollerhöhungen für Vieh und Schmalz. ..

SPD. Endlich hat die Hitler-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet einen Beschluss zustandegebracht. Er hilft nicht den Arbeitslosen, Rentnern und Kriegsbeschädigten, die am hilfbedürftigsten sind. Er verstaatlicht auch nicht die Banken und schafft auch die Zinsknechtschaft nicht ab. Was er bringt sind Zollerhöhungen, die eine Preiserhöhung und damit eine weitere Beeinträchtigung der Kaufkraft breiterer Volksschichten zur Folge haben müssen.

Die erste wirtschaftliche Massnahme der Hitler-Regierung ist charakteristisch für den Wirtschaftskurs, den die neuen Machthaber zu steuern gedenken. Er verrät die Federführung des Kapitalisten Hugenberg. Aber er zeigt auch, dass das grosse Rettungsprogramm und Wunderrezept, auf das uns die Nationalsozialisten jahrelang in allen Versammlungen vertröstet haben, überhaupt nicht besteht. Jetzt sind sie an der Macht, jetzt können sie zeigen was sie können und schon zeigt sich, dass sie garnichts können. Die oft verheissene grundsätzliche Wendung in der Wirtschaftspolitik offenbart sich darin, dass der alte kapitalistische Kurs mit seinen katastrophalen Rückwirkungen auf die Lebensweise der Arbeiterschaft weitergesteuert wird. Hitler ist zwar "an der Macht", aber Hugenberg und seine kapitalistischen Hintermänner regieren. Während sie bestimmen, hält der Führer Reden, wird die Politik der Schraube ohne Ende weitergeführt, als wäre nicht der "nationale Sozialist" Hitler, sondern Papen Reichskanzler.

Immer wieder hat man in den letzten Jahren, seit die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung sass, durch Gehalts- und Lohnabbaumassnahmen die Kaufkraft der Bevölkerung gedrosselt. Verringerter Absatz an landwirtschaftlichen Artikeln und Preisdruck waren die Folge. Man hat zugleich durch Zölle, Getreidesubventionen usw. die Futtermittel verteuert und die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe, die auf Zukauf von Getreide und auf Verkauf von Vieh, Butter, Milch, Käse usw. angewiesen sind, gefährdet und vernichtet. Jetzt erhöht man die Zölle für die Einfuhr von Vieh, Fleisch, Schmalz usw. Der Sinn einer solchen Zollerhöhung ist und bleibt eine Preiserhöhung im Lande. Tritt sie ein, dann können die Millionen Arbeiter und Angestellten, deren Kaufkraft schon jetzt nur noch für den Einkauf von Kartoffeln und minderwertigen Nahrungsmitteln langt, noch weniger kaufen als bisher. Der Preisdruck muss sich also verstärken.

Der Bedarf Deutschlands an Fleisch wird schon seit langem fast völlig aus der heimischen Produktion gedeckt. Der wichtigste Posten in der Vieheinfuhr ist die Einfuhr von Rindern. Sie machte im verflorbenen Jahr 14 Millionen Mark aus, also, gemessen an dem deutschen Verbrauch, eine geringfügige Summe, die kaum ins Gewicht fällt. Infolgedessen wird die Landwirtschaft von den höheren Viehzöllen, die die Regierung jetzt verordnet hat, nichts haben.

Trotzdem leistet man sich das Vergnügen, die Länder, wie Dänemark und Schweden, die bisher Rindvieh nach Deutschland exportierten, vor den Kopf zu stossen. Man verärgert sie, obwohl sie gute Abnehmer deutscher Industriewaren sind. Wieder einmal haben wir es mit einer der vielen Unbegreiflichkeiten der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zu tun, die Deutschland auf die Dauer teuer zu stehen kommen müssen.

Eine besondere Bedeutung kommt der Erhöhung des Schmalzzolles von 12,50 auf 50 Mark pro Doppelzentner zu. Unter der Voraussetzung, dass sich dieser Zoll voll auswirkt, bedeutet er eine Verteuerung des Preises für Auslandsschmalz um rund 20 Pfennige pro Pfund. Dabei ist die Erhöhung des Schmalzzolles sinnlos. Vor allem kann durch die Zollsteigerung der Preis für Schmalz, das in Deutschland selbst erzeugt wird, nicht erhöht werden, da der Preis für Inlandsschmalz weit über dem Preis von Auslandsschmalz liegt. Eine Verteuerung des Auslandsschmalzes aber werden die Konsumenten damit beantworten, dass sie zu der billigeren Margarine abwandern. Sie werden niemals zum Verbrauch von deutschem Inlandsschmalz übergehen, weil deutsches Schmalz für grosse Teile des deutschen Volkes zu teuer ist. Das Tollste ist jedoch, dass Deutschland die Einfuhr von Auslandsschmalz gar nicht entbehren kann. Wie stark wir auf die Zufuhr von ausländischem Schmalz angewiesen sind, ergibt die Statistik klar und eindeutig. Sie zeigt, dass die Einfuhr von 0,83 Millionen Doppelzentnern im Jahre 1931 auf 1,1 Millionen Doppelzentner im Jahre 1932 anstieg. Wir haben eben in Deutschland nicht so viel Schweine, um die Mengen an Schmalz zu produzieren, die Deutschland verbraucht. Würde die deutsche Landwirtschaft aber dazu übergehen, durch Mehrproduktion die ausländischen Zufuhren nur zum Teil zu verdrängen, dann machte sie ein schlechtes und unrentables Geschäft.

Für den Massenkonsum von billigem Auslandsschmalz kommen Verbrauchergebiete in Frage, die als Hauptnotstandsgebiete bekannt sind: neben Berlin das Ruhrgebiet und die fast toten Industriegebiete des schlesischen Berglandes und des Erzgebirges. Hier ist die Kaufkraft derart gesunken und die Armut so gross, dass deutsches Inlandsschmalz nicht mehr gekauft werden kann. Trotzdem deutsches Schmalz etwa 35 bis 40 Pfennig pro Pfund mehr kostet als Auslandsschmalz, hat es dem deutschen Schmalz selbst bisher noch nie an Absatz gefehlt. Die Preisentwicklung im letzten Jahre zeigt eine stetige Erweiterung der Preisspanne zwischen dem deutschen und dem ausländischen Produkt zu Gunsten des deutschen Schmalzes. Im April 1931 betrug der Mehrpreis für deutsches Schmalz 42 %; bis jetzt ist der Mehrpreis auf 75 % gestiegen. Durch diese Feststellung wird die Behauptung widerlegt, dass die Einfuhr von ausländischem Schmalz den Preis für deutsches Schmalz ruiniere.

Mit der Erhöhung des Schmalzzolles wird der Landwirtschaft nicht geholfen und den Millionen, die heute ohne ihre Schuld zum Hungern verurteilt sind, der Brotkorb noch höher gehängt. Brot und Arbeit haben die Nationalsozialisten versprochen. Was sie uns bisher beschert haben, sieht anders aus. Millionen werden den Hungerriemen in Zukunft noch enger schnallen müssen.

SPD. Die von der Hitler-Regierung beschlossenen erhöhten Zölle sollen bereits am 15. Februar in Kraft treten. Erhöht wird, immer pro Doppelzentner der Zoll für Rindvieh von 27 auf 50 Mark, für Schafe von 22,50 auf 45, für Schweine von 36 auf 50, für Fleisch von 40 auf 100, für zubereitetes Fleisch von 60 auf 150, für tafelfertiges Fleisch von 120 auf 180 und für Schmalz von 12,50 auf 50.

SPD. Dessau, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische zweite Bürgermeister und Polizeichef der Stadt Dessau, Hofmann, hat einen Schiesserlass an die Polizei herausgegeben, der zu einer Verschärfung des Wahlkampfes führen kann.

In Dessau gibt es wie überall Nationalsozialisten, die immer wieder Anhänger der Eisernen Front provozieren, ihnen die Mützen und Abzeichen stehlen, Fensterscheiben linksstehender Personen einwerfen und ähnlichen Unfug gegen Republikaner verüben. Das sozialdemokratische "Volksblatt" hat von diesen Vorfällen regelmässig Kenntnis gegeben und immer wieder Abwehrmassnahmen der Polizei gefordert. Stattdessen wird die Polizei von dem nationalsozialistischen Polizeichef jetzt angehalten, in jedem sich über solche Ausschreitungen beklagenden Anhänger der Eisernen Front grundsätzlich den Provokateur zu sehen. Ohne dafür den Beweis zu erbringen, behauptet der nationalsozialistische Beamte, seitens der Anhänger der SPD und der KPD werde "die geschickte Taktik verfolgt", Mitglieder der SA und SS zu provozieren und wenn diese sich zur Wehr setzten, den diensttuenden Beamten als Angreifer hinzustellen. Demgegenüber wird eine erhöhte Ueberwachung der Anhänger der Linksparteien befohlen. Meldungen, die von Linksanhängern eingehen, seien vor Einschreiten zu prüfen, vor allem seien die Meldenden auf Waffen zu durchsuchen. Dann heisst es wörtlich: "Bei Ungehorsam und Widerstand ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen."

Es liegt auf der Hand, dass eine solche Anweisung bei einer nationalsozialistisch durchgesetzten Polizei auf die Dauer dazu führen muss, die objektive Behandlung aller Bevölkerungsteile ohne Unterschied der Partei zu gefährden.

SPD. In der Nazi-Presse wurde dieser Tage grosspurig verkündet, Adolf Hitler habe auf das ihm zustehende Reichskanzlergehalt verzichtet. Darob Schwingen aller nationalsozialistischen Wehrauchfässer. Es stellte sich aber bald heraus, dass nach der Entscheidung des Reichsgerichts der Verzicht eines Beamten auf Gehalt, Pension oder Urlaub rechtsunwirksam sind, und dass ein solcher Verzicht einem Verzicht auf die Beamtenstellung selbst gleichkommen würde. Jetzt lässt Herr Hitler erklären, dass er sein Gehalt zur Unterstützung der Hinterbliebenen von erschossenen SA-Leuten und Polizeibeamten verwenden werde. Die Bewunderung seiner Selbstlosigkeit ist deshalb womöglich noch gewachsen.

Schon bei früheren Gelegenheiten hat der Führer des "Nationalsozialismus" erklärt, er habe so grosse Einnahmen aus seiner literarischen Tätigkeit, dass er auf Beamtengehälter verzichten könne. Das mag zutreffen. Sein Buch hat hohe Auflagen erlebt. Ob alle, die es gekauft haben, bisher auf ihre Kosten gekommen sind, kann dahingestellt bleiben. Vielleicht wird es jetzt erst wertvoll werden, da es das Aufstellen von Vergleichen zwischen der Theorie und der Praxis des grossen Mannes ermöglicht.

Doch wie dem auch sei! auch frühere Kanzler haben grosse Teile ihres Gehaltes für wohltätige Zwecke verwandt. Nur wurde von diesen selbstverständlichen Handlungen in der ihnen nahestehenden Presse nicht so viel Wesens gemacht. Im Gegensatz zu dem Manne, der nach seiner Rundfunkrede den Bund mit dem lieben Gott und der christlichen Religion erneuern will, folgten sie der biblischen Mahnung, nach der die linke Hand nicht wissen soll, was die rechte tut.

Allerdings haben sie einen Teil ihres Gehaltes für sich behalten, und das kam daher, dass sie entweder keine Bücher geschrieben oder mit ihren Werken nicht einen so grossen buchhändlerischen Erfolg gehabt hatten. Wenn Hitlers Verhalten beispielhaft sein soll, dann kann in Zukunft nur Kanzler oder Minister werden, wer ein marktgängiges Buch verfasst hat, oder sonst persönliche Einkünfte bezieht. Dem Mittellosen, dem Manne aus dem Arbeiterstande

ist der Weg zu diesen Ämtern und Würden versperrt.

Indessen schmückten sich die Nationalsozialisten auch noch mit anderen Ruhmeskränzen. In den Ministerien, über die sie verfügen, werden Personen eingestellt, die das Parteibuch besitzen - aber diese Herren werden nicht besoldet. Sie sind ehrenamtlich tätig. Ist das nicht Aufopferung im vaterländischen Interesse?

Doch es drängen sich verschiedene Fragen auf. Erstens: Wovon leben diese Leute? Sie haben doch nicht alle Bücher geschrieben. Von irgendetwas müssen sie ihren Unterhalt bestreiten. Entweder also beziehen sie Gehalt aus einem anderen Amte von dem sie beurlaubt sind, oder sie haben Privatvermögen, oder sie werden aus der nationalsozialistischen Parteikasse bezahlt.

Zweitens: diese Ehrenamtlichen sind in rechtlichem Sinne, wie sich schon aus der erwähnten Reichsgerichtsentscheidung ergibt, keine Beamte. Sie brauchen also keinen Beamteneid zu leisten. Sie sind frei und unabhängig. Sie üben in den Ministerien wichtige Funktionen aus und sind dabei nur ihren vorgesetzten Parteigenossen verantwortlich.

Es liegt auf der Hand, dass durch diese neuartigen Methoden das Wesen des gesamten Beamtenkörpers weitgehend beeinflusst werden muss. Nebeneinander werden zwei Kategorien bestehen, die eine der Etatsmässigen, an ihren Eid Gebundenen, und die andere der Ehrenamtlichen und Ungebundenen. Dass eine solche Zweiteilung der Arbeit des Apparates nicht dienlich ist, wird sich sehr bald herausstellen.

Das wesentliche aber bleibt, dass das Lob, das die Nationalsozialisten sich selber wegen ihrer Uneigennützigkeit und Sparsamkeit spenden, keiner ernsthaften Prüfung standhält. Mit diesem Speck wird man keine Mäuse fangen.

SPD. Die Preussische Staatsregierung veröffentlicht gegen den Erlass des Herrn Goering an die Beamtenschaft der preussischen inneren Verwaltung folgende Erklärung :

"In dem amtlichen Aufruf des Reichskommissars Goering "an alle Beamte der preussischen inneren Verwaltung", der an der Spitze der letzten Nummer des Ministerialblattes veröffentlicht ist, heisst es u.a.: "Wenn es allerdings Beamte geben sollte, die da nicht glauben, mit dem Schiff, dessen Steuer ich in die Hand genommen habe, in gleicher Richtung fahren zu können, so erwarte ich von ihnen, dass sie als ehrliche Männer schon vor Antritt der Fahrt aus meiner Gefolgschaft ausscheiden."

Soweit dieser Teil des Erlasses von den Beamten verlangt, dass sie die Reichsverfassung, die Preussische Verfassung und die Gesetze wahren und in ihrem Geschäftsbereich gesetzmässige Anweisungen ihrer Vorgesetzten und der Reichskommissare Folge leisten, ist dagegen nichts einzuwenden. Insofern spricht der Erlass etwas Selbstverständliches aus. Soweit der Erlass darüber hinaus von den Beamten fordern sollte, dass sie die politischen Ansichten des Reichskommissars teilen, insbesondere seine Herabsetzung der Arbeiten der bisherigen Regierungen, widerspricht eine solche Forderung der verfassungsmässigen Stellung der Beamten. Kein Beamter, der die Reichsverfassung und die Gesetze wahrt und seine dienstlichen Obliegenheiten erfüllt, ist verpflichtet, der vom Reichskommissar ausgesprochenen Erwartung des Ausscheidens zu folgen, weil er mit den politischen Auffassungen des Reichskommissars nicht übereinstimmt.

Die Preussische Staatsregierung weist die in dem Aufruf enthaltenen, gegen die bisherige innere Verwaltung erhobenen allgemeinen Angriffe zurück und dankt der Beamtenschaft für ihre hingebende Pflichterfüllung."

SPD. Dresden, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Sächsischen Landtag gab Arbeitsminister Richter am Donnerstag eine Erklärung ab, in der er an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mehrfach Kritik übte. Richter führte u. a. aus:

"Dem Ziele einer Belebung der Wirtschaft auf richtigem und natürlichem Wege, nämlich der Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen, soll ein Antrag dienen, den die sächsische Regierung in diesen Tagen an die Reichsregierung gerichtet habe. Die sächsische Regierung hätte als Mindestmass die Gewährung einer einmaligen Anschaffungshilfe für die langfristig Erwerbslosen, d. h. insbesondere für die Wohlfahrtserwerbslosen, Klein- und Sozialrentner angeregt, die ausschliesslich zur Beschaffung von Bedarfsgegenständen, insbesondere Kleidungsstücken, nicht aber für Konsumgüter, wie Nahrungsmittel, Kohlen, Verwendung finden sollte. Eine Förderung der Wirtschaftsbelebung könne und solle vor sich gehen durch Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand. Solche Massnahmen dürften aber nicht verbunden sein mit einer neuen Belastung des Haushaltes öffentlicher Körperschaften. Sie müssten möglichst viel Wirtschaftszweige beleben. Von diesen grundsätzlichen Erwägungen aus bestanden gegen Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung, des sogenannten Gereke-Planes, erhebliche Bedenken. Die sächsische Regierung habe bei den Verhandlungen mit den Reichsstellen grössten Nachdruck darauf gelegt, dass nicht wie bisher bei den Massnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge nur Tiefbauarbeiten in Aussicht genommen würden. Gerade in Sachsen sei die Einbeziehung von Hochbauten eine Notwendigkeit, weil hier in den langen Jahren schwerer Arbeitslosigkeit an grossen Tiefbauten, insbesondere an Strassenbauten, bereits das meiste dessen durchgeführt worden sei, was als zweckmässig erachtet werden müsse. Es sei schliesslich in den Städten und auch auf dem Lande der Zustand eingetreten, dass neue Strassen und Plätze erstellt worden wären, die Erhaltung der bestehenden Strassen aber soweit vernachlässigt worden sei, dass die Verkehrssicherheit gefährdet wäre und vor allem die öffentlichen Gebäude durch Vernachlässigung der Unterhaltung in einem Zustand geraten seien, der sich dem Verfall nähere. Die sächsische Regierung habe deshalb lebhaft bedauert, dass Hochbauten bei der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich ausgeschlossen sein sollen. Sie habe sich aufs Nachdrücklichste gegen diese Regelung gewandt und eine entgegenkommende Haltung mindestens für Sachsen gefordert."

SPD. Auf die Wohnung des früheren, in einem Siedlungshaus bei Spandau wohnenden preussischen Handelsministers Siering ist in der Nacht zum Donnerstag ein Revolverattentat verübt worden. Die Täter feuerten mehrere Schüsse durch die Fensterscheiben in das Wohnzimmer Sierings. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. Vor einigen Tagen wurden in der Wohnung Sierings, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, sämtliche Fenster eingeschlagen. Unweit von der Wohnung Sierings wurde ein Handgranatenanschlag gegen die Wohnung eines Reichsbannermannes verübt. Das Haus ist schwer beschädigt.

SPD. Hannover, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Druckerei des sozialdemokratischen "Volkswillen" wollten am Donnerstag Kriminalbeamte die neuste Ausgabe des "Proletarier" beschlagnahmen, die Fachzeitung des Verbandes der deutschen Fabrikarbeiter. Angeblich soll der Leitartikel dieses in Hannover hergestellten Gewerkschaftsblattes die Beschlagnahme rechtfertigen. Da die Polizei in der Druckerei keine Nummer

des gesuchten "Proletarier" fand, wurde die Haussuchung auf das Gebäude des Fabrikarbeiterverbandes ausgedehnt. Auch hier kamen die Kriminalbeamten zu spät. Die Zeitung ist bereits in den Händen der Mitglieder und Abonnenten.

SPD. Von der Aufteilung des Arbeitsministeriums war es in den letzten Tagen ziemlich ruhig geworden. Jetzt meldet die "Kölnische Zeitung", dass die Entscheidung über die Auflösung bereits getroffen sei, mit der Bekanntgabe und Umgruppierung selbst jedoch erst nach den Wahlen zu rechnen wäre. Der Plan selbst sei nicht geändert. Das Reichsarbeitsministerium werde künftig im wesentlichen nur die Fragen der Versorgung und des Arbeitsdienstes bearbeiten. Das Arbeitsrecht, der Arbeitsschutz, die Lohnpolitik, das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen, sowie die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung würden nicht mehr im Reichsarbeitsministerium behandelt werden. Man werde sie einem Kommissariat unterstellen, dessen Oberleitung dem Wirtschafts- und Ernährungsminister Hugenberg zugebracht sei.

Diese Nachricht der "Kölnischen Zeitung" ist nicht dementiert worden. Wir haben also guten Grund, sie als richtig zu betrachten. Trifft das zu, dann sind die reaktionären Absichten der Reichsregierung noch grösser als ihr Bekennenmut. Werden diese Pläne durchgeführt, dann liegen alle für das soziale Dasein der erwerbstätigen und der erwerbslosen Menschen wichtigen Entscheidungen in der Hand des Mannes, der nie ein Hehl daraus gemacht hat, dass er ein Gegner des von der Staatsgewalt ausgeübten sozialen Schutzes sei.

Die Gewerkschaften aller Richtungen kämpfen gegen die Pläne Hugengebgs. Sie sollten deshalb sofort, noch vor den Wahlen, Klarheit verlangen.

SPD. Hamburg, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Am 9. Februar, fünf Tage nach seinem 83. Geburtstag, den er noch in leidlicher Gesundheit im engen Freundeskreis verbrachte, verschied in Hamburg Karl Egon Frohme.

Frohme verkörperte als einer der Ältesten der Partei ein bedeutsames Stück Parteigeschichte. In Hannover geboren, ursprünglich Schlosser von Beruf, vermehrte er durch eisernen Fleiss sein Wissen und wurde bald ein Agitator für den Sozialismus wie kein zweiter. Schon 1873 wirkte er im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein für die Einigung mit der Eisenacher Richtung, die dann auch 1875 auf dem Einigungskongress in Gotha zustande kam. Sein Wirken als Agitator vor und während des Sozialistengesetzes trug Frohme die schärfsten Verfolgungen ein. Ueber ein Dutzend Prozesse brachte ihm seine schriftstellerische und agitatorische Tätigkeit ein. Viele Monate sass er im Gefängnis. Neun Monate trug ihm allein die Teilnahme am sogenannten Kopenhagener Geheimbundprozess 1878 ein, in den auch Auer und Bebel verwickelt waren. Die wütesten Verfolgungen musste er über sich ergehen lassen; auch von der Ausweisung blieb er nicht verschont. Eine grosse Anzahl seiner Dichtungen und politischen Schriften wurde verboten. Als das Schandgesetz fiel, siedelte Frohme nach Hamburg in die Redaktion des "Hamburger Echo" über, der er bis zum Beginn des Weltkrieges angehörte. Von seinen zahlreichen Schriften sind besonders zu erwähnen "Politische Polizei und Justiz im monarchistischen Deutschland", "Wehr und Waffen", "Arbeit und Kultur" und "Monarchie oder Republik". Hervorragend war Frohme auch als Reichstagsabgeordneter tätig. Von 1881 bis 1884 vertrat er den Wahlkreis Hanau, von 1884 bis 1924, also volle 40 Jahre, den Wahlkreis Altona-Stormarn. Als Abgeordneter bewältigte Frohme eine Riesen-

Arbeit. Als glänzender Redner hatte er im Reichstag stets das Ohr des Hauses. Seine Gebiete waren vorwiegend die Sozial- und Justizreform. An der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches hat er hervorragend mitgewirkt.

Karl Frohmes Wirken und Kämpfen für die Sache des arbeitenden Volkes wird der Arbeiterschaft unvergesslich bleiben.

SPD. Die Preussenkommissare des Reichs haben am Donnerstag eine alte, in letzter Zeit wiederholt aufgestellte aber ebenso oft dementierte Behauptung gegen die Regierung Braun wieder aufgewärmt. Sie liessen amtlich mitteilen, dass die unter dem Haushaltstitel "Zur Bekämpfung des Verbrechertums" bewilligten preussischen Haushaltsmittel nicht der Zweckbestimmung des Fonds entsprechend, sondern "fast ausschliesslich für andere Zwecke, offenbar zur Wahlpropaganda der damaligen Koalitionsparteien", verwandt worden seien. Die preussischen Staatsminister erklären zu dieser ollen Kamelle:

"Diese Behauptung ist unrichtig. Die zur Verbrecherbekämpfung verbuchten Mittel sind für diesen Zweck auch tatsächlich ausgegeben, wobei bemerkt wird, dass hochverräterische Unternehmungen, Sprengstoffattentate, Gewalttätigkeiten, Terror und Staatsverleumdung nach dem Strafgesetzbuch zu ahnende Vergehen und Verbrechen sind. Die etatsrechtliche Zulässigkeit des Beschlusses hat das zuständige Fachressort vorher geprüft und bestätigt. Im übrigen ist nur ein Bruchteil der genannten Summe verausgabt worden. Die preussische Regierung hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung, zum Teil auf ihre Veranlassung, zum Schutze des Staates und der Verfassung gehandelt. Hätte sie anders gehandelt, so würde sie ihre verfassungsmässigen Pflichten verletzt haben. Ähnlich ist auch früher in Reich und Ländern gehandelt worden. Das vom Reichskommissar eingeforderte Gutachten der Oberrechnungskammer kann nur diesen Sachverhalt bestätigen."

SPD. Genf, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat von Keller hat am Donnerstag im Auftrag der Reichsregierung ein Protokoll unterzeichnet, das Deutschlands Beitritt zur sogenannten Fakultativklausel zum Haager Gerichtshof um fünf Jahre verlängert. Durch diese Klausel nimmt Deutschland die Schiedsgerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes als verbindlich an gegenüber jedem Staat, der sich der gleichen Verpflichtung unterwirft. Wie 1928, so muss auch in diesem Jahr das in Genf unterzeichnete Abkommen ratifiziert werden.

"Immer tiefer in den pazifistischen Sumpf und in die Schmach internationaler Schandverträge" - hätte die Hitlerpresse zu einer solchen Nachricht geschrieben, wenn der heutige Reichskanzler Hermann Müller oder Brüning heissen würde. Jetzt aber heisst er Hitler und deshalb wird die Nazi-presse schweigen oder verschweigen!

SPD. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen wird für Ende Januar 1933 mit 6 014 000 (im Vorjahr 6 042 000) angegeben. In der zweiten Januarhälfte hat sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um 76 000 gesteigert.

Für die Unterstützungseinrichtungen des Reiches und der Reichsanstalt hat sich die wachsende Belastung des Arbeitsmarktes jetzt, nach Ablauf der Wartezeiten, ausgewirkt. In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende Januar

rund 953 000 (Zunahme rund 85 000) in der Krisenfürsorge rund 1 419 000 (Zunahme rund 71 000) Hauptunterstützungsemofänger gezählt. Damit wurden insgesamt rund 2 372 000 Arbeitslose - also wieder rund die Hälfte der Unterstützten - von der Reichsanstalt unterstützt. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen belief sich Ende Januar auf rund 2 427 000. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende Januar etwa 175 000 Dienstwillige beschäftigt.

SPD. Genf, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Vorbereitungsausschuss der Abrüstungskonferenz forderte der deutsche Vertreter Nadolny Abstimmungen ohne neue technische Erörterungen, damit klar festgestellt werden könne, bis zu welcher Grenze die Konferenz in den Rüstungs herabsetzungen gehen wolle. Zum zweiten Teil des englischen Plans, der die eigentlichen Abrüstungsmassnahmen enthalte, werde die deutsche Delegation schnellstens die notwendigen Ergänzungsanträge stellen.

Deutschland fordert, wie verlautet, dass neben den in dem englischen Plan ausschliesslich erwähnten Herabsetzungen der Heeresstärken von gerüsteten Staaten, eine Festsetzung von Ziffern für die Truppenzahlen aller Staaten, also auch Deutschlands, erfolge. Das würde bedeuten, dass die deutsche Vertretung offiziell das Verlangen stellt, Deutschlands Truppenstärke bis auf die herabgesetzte Stärke der ihm gleich grossen Länder erhöhen zu können. Nadolny verlangte ferner, dass über die im ersten Teil des englischen Plans angeführte Gleichberechtigung nicht mehr diskutiert sondern sie bei der Ausführung der Abrüstungsbeschlüsse praktisch durchgeführt werde.

Paul Boncour machte eine Reihe von Vorbehalten gegen den englischen Plan, dessen Unvollständigkeit zeige, dass eine endgültige Programmfestsetzung jetzt nicht mehr möglich sei. Die Gleichberechtigung sei nur von fünf Mächten anerkannt. Wenn die Konferenz sie beschliessen solle, müsse sie darüber auch diskutieren können. Wie die Herabsetzung der Rüstungen, so könne die Gleichberechtigung nur in einem System der Sicherheit verhandelt werden.

SPD. Weimar, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Kriminalpolizei haussuchte am Donnerstag im Bezirksbüro der SPD in Weimar sowie im Volkshaus und im Büro des Reichsbanners nach verbotenen Flugblättern, in denen angeblich Beleidigungen gegen den Reichskanzler Hitler enthalten sein sollen. Die Haussuchungen verliefen erfolglos wie die gesuchten Flugblätter nicht existieren.

SPD. Paris, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

In der sozialistischen Fraktion ist es am Donnerstag zu erregten Debatten über eine am Sonntag vom Landesausschuss der Partei angenommene Entschliessung gekommen. In dieser Entschliessung wurde die Fraktion daran erinnert, dass der Beschluss über die Beteiligung an einer Regierung nicht von ihr allein gefasst werden könne (wie es bei der Bildung der Regierung Daladier geschehen war), sondern dass der Landesausschuss die Genehmigung dazu erteilen müsse.

Die Entschliessung war von den Anhängern der Regierungsbeteiligung, deren Zahl innerhalb der Fraktion in der letzten Zeit stark gewachsen ist, als Missbilligung der Haltung der Fraktion betrachtet worden. Der Abgeordnete Marquet hatte daher einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wird, dass die Entschliessung des Ausschusses dem nächsten Kongress der Sozialistischen Partei unterbreitet werde. Der Kongress sollte der Fraktion das Vertrauen aussprechen, das die Fraktion für ihre Arbeit im Interesse der Partei brauche.

Léon Blum, gegen den dieser Antrag gerichtet war, wohnte der Sitzung nicht bei, um die Haltung der Fraktion in keiner Weise zu beeinflussen. Dem Antrag Marquet wurden drei andere Anträge gegenübergestellt, die sich teils gegen den Standpunkt Marquets aussprachen, teils zu vermitteln suchten. In diesem letzten Sinne beantragte ein Antrag Monnets, die Entschliessung des Landesausschusses nicht als Tadel zu betrachten und keinen Beschluss des Kongresses herbeizuführen, den Kongress aber um eine neue Stellungnahme zu der Frage der Regierungsbeteiligung zu bitten. Nach einer scharfen Aussprache wurden schliesslich Marquet und Monnet aufgefordert, der Fraktion einen gemeinsamen Entschliessungstext zu unterbreiten. Zwischen beiden Abgeordneten kam es zu einer Einigung dahin, dass zunächst der Antrag Monnets mit geringen Änderungen der Fraktion zur Annahme empfohlen werden soll.

SPD. Genf, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Das 19. Komitee der Völkerbundsvollversammlung hat am Donnerstag an Japan zwei deutliche Fragen gestellt. Die eine will eine klare Präzisierung der Haltung Japans zur Autonomie der Mandschurei unter chinesischer Oberhoheit, wie sie im Lytton-Bericht als Lösung empfohlen ist. Ferner will das Komitee wissen ob Japan seinen Angriff auf die Provinz Jehol endgültig einstellt.

SPD. Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, Vizepräsident Löbe, hat an den Reichstagspräsidenten wegen der Vorkommnisse in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses ein neues Schreiben gerichtet, in dem es u.a. heisst:

"Für Ihre Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung anlässlich der Zwischenfälle im ersten Ausschuss bin ich Ihnen dankbar, eine direkte Auseinandersetzung mit Herrn Abg. Dr. Frank, wie Sie sie in Anregung bringen, erscheint mir nach dem Brief dieses Herrn unmöglich.

Sie werden sich in dem amtlichen Protokoll überzeugen, dass die Herren der Nationalsozialistischen Partei mich "Judenknecht" und "Landesverräter" beschimpft, dass Herr Dr. Frank in seinem Brief selbst wieder mit Bezug auf mich als vom "marxistischen Verleumder" spricht und die Mitglieder aller Parteien im Ausschuss sowie die dort anwesenden Reichstagsbeamten werden Ihnen bestätigen können, dass noch viel rohere Zurufe wie "frecher Kerl", "Schwein" und dergleichen erfolgt sind. Nach alledem sind die Beschimpfungen, die gegen mich gerichtet wurden, zehnmal so schwer als der Ausdruck, der mir in völlig entstellter Form aus einer Wählerversammlung zugeschoben wird. Unter diesen Umständen hätten sich die Herren wohl bei mir zu entschuldigen, aber ich nicht bei ihnen.

Ich habe nunmehr die Sitzung des Ausschusses auf Dienstag, den 14. Februar mittags 12 Uhr, angesetzt, da die Mitglieder mehrerer Parteien gebeten hatten, wegen ihrer Behinderung ihn nicht früher einzuberufen. Für diese Sitzung wiederhole ich mein Ersuchen, da Herr Dr. Frank abermals angekündigt hat, dass er diese unmöglich machen will, "solange ein marxistischer Verleumder" den Vorsitz führt. Vielleicht überzeugen Sie sich durch Ihre Anwesenheit selbst davon mit welchen Mitteln das herbeigeführt werden soll. In der letzten Sitzung habe ich seine Fraktionsmitglieder jedenfalls verhindert, dass über den eigenen Antrag des Herrn Dr. Frank, der einen Wechsel des Vorsitzenden zum Ziele hatte, beraten oder abgestimmt wurde."

SPD. Frankfurt/M., 9. Febr. (Eig. Dr.)

Die Frau eines Frankfurter SA-Mannes wurde vom Schwurgericht zu zwei Jahren Gefängnis wegen Totschlags verurteilt. Sie hatte ihrem neugeborenen Kind, unmittelbar nach der Geburt, einen Finger in den Hals gesteckt und es durch Zerreißen der Luftröhre zum Erstickten gebracht. Das Gericht sah einen mildernden Umstand darin, dass die Frau immer in Angst vor ihrem Manne gelebt habe, der sich als SA-Mann seiner Frau als "rauer Kämpfer" gezeigt, d. h. sie oft misshandelt habe. Die Frau habe das Kind aus Furcht vor ihrem Manne getötet, der keine Kinder mehr haben wollte.

SPD. Amsterdam, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Die niederländische Regierung, die unter Führung des katholischen Ministerpräsidenten Ruys de Beerenbrouck am 3. August 1929 als ausserparlamentarische Regierung gebildet wurde, ist am Freitag zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte, weil die zweite Kammer den vom Justizminister zum Zwecke der Ersparnis eingebrachten Gesetzentwurf über die Konzentration und Vereinfachung der Rechtspflege mit 51 gegen 38 Stimmen der Katholiken und Antirevolutionären abgelehnt hat. Falls der Rücktritt der Regierung von der Königin nicht angenommen wird, ist mit der Auflösung der Kammer und mit Neuwahlen zu rechnen.

SPD. Wien, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Uebertragung der für Freitag-Abend vorgesehenen Sportpalast-Rede Hitlers, die von den Wiener Nazis gefordert worden war, ist durch den Einspruch des sozialdemokratischen Bürgermeisters Seitz verhindert worden. Die Wiener Rundfunkleitung war bereit, dem Antrag der Nazis zu entsprechen. Sie ist jedoch an das Verbot des sozialdemokratischen Bürgermeisters gebunden.

SPD. Amsterdam, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Aufstandsbewegung in der indonesischen Flotte hat grösseren Umfang, als die offiziellen Nachrichten der indischen Telegrafienagentur "Aneta" erkennen lassen.

Der katholische "Maasbode" erhielt am Donnerstag eine telefonische Meldung, aus Surabaja, wonach sich auf dem Kreuzer "Java", der an der Verfolgung teilnimmt, das indonesische Marinepersonal mit den Meuterern auf dem Kriegsschiff "Die 7 Provinzen" solidarisch erklärt habe und nach Surabaja gebracht worden sei. Aus Batavia wird gemeldet, dass das Marindepartement in Niederländisch Indien beschlossen habe, "Sieben Provinzen" als meuterndes Kriegsschiff zu behandeln und mit der Besatzung nicht zu verhandeln. Eine grosse Anzahl Kriegsfahrzeuge und 8 Flugzeuge seien westlich der Sundastrasse konzentriert. Sie wollen Freitag früh 1 Uhr (westeuropäischer Zeit) zum Angriff übergehen.

SPD. "Adolf Hitler spricht", verkündet dick und fett das Berliner Nazi-Organ am Donnerstag-Abend an der Spitze seines Blattes. In zwei Tagen spricht er nicht weniger als fünfmal. Und die Taten? Darüber wird man auch in dieser fünften Rede nichts hören.

Am Freitag-Abend wird Hitler im Berliner Sportpalast eine Wahlrede halten, die als Zwangsaufgabe über alle deutschen Sender verbreitet wird. Durch Riesenlautsprecher soll diese Wahlrede in Berlin auf zehn öffentliche Plätze über-

tragen werden. Auf wessen Kosten diese Nazi-Propaganda durch Rundfunk erfolgt, hat das Berliner Nazi-Blatt bisher nicht verraten. Vielleicht sagt es Herr Goebbels, der eine halbe Stunde vor der Hitlerrede als Conferenzier und Ansa-
ger das Publikum und die Hörer belustigen und, wenn sie Marxisten sind, be-
schimpfen soll! Alles für das Geld der Rundfunkhörer, von deren Gebühren
selbst das Honorar für Goebbels bezahlt wird.

Am Sonnabend 19,45 Uhr werden wir wieder das zweifelhafte Vergnügen
haben, eine einstündige Rede Hitlers im Rundfunk zu hören. Sie wird von Kasse
übertragen, wo Hitler eine Gaukonferenz der Nazi-Partei besucht. Am Sonntag,
hören wir die Stimme des Herrn aus Leipzig und Weimar, wo Hitler den Richard-
Wagner-Feiern beiwohnen wird. Anschliessend folgt die Uebertragung einer
1½stündigen Rede Hugenbergs im Berliner Sportpalast. Hitlers Reden werden aus-
serdem auf Schallplatten aufgenommen, damit sie im Rundfunk wiederholt wer-
den können. Etwas strapaziös für den Rundfunk und für die Hörer. Die Folgen
werden kaum ausbleiben. Der Dumme wird schliesslich der Rundfunk bleiben.

Eins ist sicher: vom Reden ist noch kein Hungriger satt geworden. Auf die
Erfüllung dieses Versprechens wartet aber das Volk. Dass Hitler reden kann,
wissen wir. Was er mehr kann, wollen wir sehen!

SPD. Stockholm, 9. Februar (Eig. Dr.)

Die am Donnerstag verlautbarte offizielle deutsche Erklärung, dass der
stellvertretende Aussenminister Undén dem deutschen Gesandten gegenüber
"volles Verständnis" für die Anregung gezeigt habe, auf die schwedische
Presse dahin einzuwirken, dass sie nicht gegen die Regierung Hitler-Papen-
Hugenberg schreibe, und dass die schwedische Regierung eine solche Einwirkung
zugesagt hätte, ist hier mit grösstem Erstaunen aufgenommen worden. Minister
Undén hat vielmehr entsprechend dem schwedischen Rechtszustand geantwortet,
dass in Schweden Pressefreiheit besteht und er gar kein Recht zu der gewünsch-
ten Einwirkung habe.

Die gesamte schwedische Presse ohne Unterschied der Parteistellung nimmt
einmütig in der schärfsten Weise Stellung sowohl gegen das Eingreifen des
Reichsministers Göring als auch gegen die Intervention des deutschen Ge-
sandten. Diese Aktionen haben wahrscheinlich nur zur Folge, dass die schwe-
dische Presse noch schärfer als bisher die politischen Zustände in Deutschland
beobachtet und beurteilt.

Nur das Stockholmer "Aftonbladet" hat sich bisher nicht zu den Dingen
geäussert. Dieses Blatt gehörte dem Bruder Ivar Kreugers, der einen Kurs der
Sympathie für die Hitlerpartei steuern liess. Er sitzt seit einiger Zeit im
Gefängnis unter der Anklage der Mitschuld an den Rekordbetrügereien seines
Bruders.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Nach grossem Vorbild.

SPD. Herr Göring, Reichsminister des Innern ohne Portefeuille und Reichskommissar für das Ministerium des Innern in Preussen, hat einen Konflikt mit der schwedischen Presse entfesselt, weil er in die Freiheit der Presse in Schweden mit Drohungen eingreifen wollte. Bei diesem Vorgehen hat Herr Göring nach grossem Vorbilde gehandelt. Wir meinen damit nicht Mussolini, sondern Friedrich II., den die Hohenzollernlegende Friedrich den Grossen nennt. Die Legende kennt von Friedrich II. nur das Wort: "Gazetten dürfen nicht genietet werden". In Wahrheit war Friedrich II. ein geschworener Feind der Presse und der Pressefreiheit. Die Herausgeber und Redakteure der Zeitungen hiessen bei ihm nicht anders als "Neuigkeitströdler, Affen, Zeitungsklopffechter, Pressehallunke". Im Jahre 1741, kurz nach seinem Regierungsantritt regte sich Friedrich II. über die Haltung der "Gazette de Cologne" (Kölnische Zeitung) auf. Diese Zeitung erschien nicht in seinem Lande. Nichtsdestoweniger liess er dem Redakteur F.P. Roderique durch den preussischen Residenten in Köln eine ernste Missbilligung zukommen.

Die Drohungen Friedrichs II. bewirkten jedoch das Gegenteil von dem, was er erwartet hatte. Die "Kölnische Zeitung" stellte sich entschieden auf die Seite seiner Gegner. Nun befahl Friedrich dem preussischen Residenten in Köln, dem Redakteur der Zeitung durch ein gekauftes Subjekt eine Tracht Prügel zu verschaffen. Er wies dem Residenten dafür 100 Dukaten an. Der fand schliesslich jemand, der die Schurkerei schon für 50 Dukaten vollführte!

Die Folge war, dass Roderique nur umso fester zu den Gegnern Friedrichs II. stand. Friedrich II. kam aus seinem Aerger über die ihm unbequeme Zeitung nicht wieder heraus. Bald liess er Roderique aufs Neue bedrohen. Im Jahre 1747 befahl er dem preussischen Residenten in Köln, er solle Roderique wieder zur Rede stellen und ihn fragen lassen, ob ihm wieder das Fell jucke.

In dieser Weise sprang der "grosse Friedrich", der Mann, dem die Hohenzollernlegende Eintreten für die Freiheit der Presse zuschreibt, mit der Pressefreiheit um! Das autoritäre Regime scheint sich nach jenen Zeiten zurückzusehen! Herr Göring aber wird es lernen, dass jeder Angriff auf die Freiheit schliesslich auf den zurückfällt, der ihn geführt hat!

Die Herkunft der Futterkrippe.

Die verlogenste und niedrigste Propaganda, die gegen republikanische Regierungen geführt worden ist, hat sich des Schlagworts von der Futterkrippe bedient. Dieses Schlagwort ist eine Erfindung aus Ostelbien. Es stammt aus den Kreisen des Beamtenadels, der im alten Regime das Monopol auf den höheren Verwaltungsdienst hatte. Als diese Kreise das Schlagwort von der Futterkrippe gegen republikanische Regierungen geprägt haben, haben sie sich ihrer eigenen Vergangenheit und der Herkunft ihrer Monopolstellung erinnert!

Im Grunde genommen ist das Wort von der Futterkrippe nichts als eine Reminiszenz aus der Zeit, in der die ersten preussischen Könige das Heer und den Verwaltungsapparat ihres Landes aufbauten. Die Ansätze einer Stellung des Königtums gegen den Junkeradel waren schon unter Friedrich II. wieder vergessen. Der schob systematisch Adlige anstelle der Bürgerlichen in die Verwaltung, weil er einen ausgesprochenen Hass gegen die "Roture", gegen das Bür-

gertum hatte. Die Verwaltungsstellen dienten als Versorgungsanstalt für die Söhne des Adels, die auf dem Lande nicht unterkommen konnten. Vor allem das Offizierskorps des Heeres, ist aus dieser Klasse entstanden. Beim Entstehen der preussischen Armee rekrutierte es sich aus den zahlreichen adligen Lumpenproletariern, die als "Krisenreiter" den angesessenen Junkern durch ihre Schnorrereien und ihre gelegentlichen Bandenraubzüge lästig genug geworden waren.

Die Nachfahren der Krippenreiter haben später das volle Monopol auf die Offiziersstellen wie auf den höheren Verwaltungsdienst gehabt. Als die Revolution und die Personalpolitik der Republik dies Monopol zu brechen begann, erhoben die Nachfahren der Krippenreiter ein lautes Geschrei über die "Futterkrippenpolitik" der republikanischen Parteien! Man weiss, wo sie die Anschauung, die in diesem Ausdruck hervortritt, gelernt haben - sie ist ein Erbteil ihrer Klasse!

Aber jetzt schreien sie nicht mehr, denn seit der Existenz des Reichskommissariats in Preussen ist der Anteil des Adels an der höheren Verwaltung in Preussen wieder ganz gewaltig gestiegen!

Auch eine Erinnerung.

Nach längerem Zögern ist Herr Dr. Gürtner in das Kabinett Hitler - Papen - Hugenberg als Reichsjustizminister eingetreten. Herr Dr. Gürtner hat bereits seine Erfahrungen mit Herrn Adolf Hitler. Als am 8. November 1923 die nationale Revolution im Münchener Bürgerbräukeller ausgebrochen war, und die nationale Regierung mit Hitler und Ludendorff eingesetzt wurde, wurden die damaligen Mitglieder der bayerischen Regierung für abgesetzt erklärt und von den Putschisten verhaftet. Zu diesen Ministern gehörte der damalige bayerische Justizminister Dr. Gürtner. Die Behandlung, die er und die anderen verhafteten bayerischen Minister durch die Organe der deutschen nationalen Regierung Hitler-Papen-Hugenberg erfahren haben, soll nichts weniger als angenehm gewesen sein. Dabei hatte Herr Dr. Gürtner Herrn Hitler keineswegs bedrückt, denn er hatte erst wenige Monate zuvor das Verfahren wegen der Vorgänge vom 1. Mai 1923 gegen Hitler und die Nationalsozialisten eingestellt. Heute ist Herr Dr. Gürtner, den Hitler im Jahre 1923 verhaften liess, Reichsjustizminister in dem Reichskabinett, an dessen Spitze Adolf Hitler steht!

Wahrheiten von gestern.

Der "Westdeutsche Beobachter" vom 28. Oktober 1932 redete zu den Deutschnationalen, seinen jetzigen Bundesgenossen, in folgenden Tönen:

"Hört es, Ihr Monokelbonzen, die Deutschnationalen sassen jahrelang in traufester Regierungskoalition mit dem Zentrum (also Novemberverbrecher, d. Red.) Der deutschnationale Reichsinnenminister von Keudell kapitulierte in allen Fragen vor dem Zentrum (auch ein Novemberverbrecher, d. Red.), die deutschnationalen Monarchisten verboten sogar Kaiser Wilhelm das Betreten deutschen Bodens (Novemberverbrecher! Die Red.) Die Deutschnationalen Volkspartei hat durch ihre Unterwerfung unter das Herrenklubsystem sich endgültig in die Front der Grossjuden Goldschmidt, Guttman usw. begeben. Sie hat endgültig die deutsche Landwirtschaft verraten und endgültig durch die Unterstützung der grosskapitalistischen Subventionspolitik auch den letzten Arbeitnehmer in ihren Reihen betrogen."

Heute marschieren die Nationalsozialisten Arm in Arm mit den "Monokelbonzen" von gestern!

Die Verräterfibel.

Mit Gummiknüppel und Rizinusöl - Die "legalen" Mittel, mit denen sich in Italien der Faschismus durchsetzte.

SPD. Auch im faschistischen Italien wurde der grösste Teil der Anhängerschaft durch "sozialistische" Parolen erworben. Die ersten Programme des Faschismus waren genau wie die deutschen nationalsozialistischen Forderungen der Werktätigen geschmückt, unter denen die "Uebergabe der grossen Betriebe an die Arbeiterschaft", "Achtstundentag", "Allgemeines gleiches Wahlrecht", "Ab-schaffung der Monarchie und des Adels" nicht fehlten. Auch Mussolini hat sich die Unterstützung der "Wirtschaftsführer" dadurch erkaufte, dass er sein soziales Programm sang- und klanglos verschwinden liess. Und zur selben Zeit als Mussolini im königstreuen Süden Italiens zum ersten Mal ein monarchistisches Bekenntnis zum Besten gab, in Neapel, da sprach er auch von der "Hinterlistigkeit" der Frage nach dem Programm.

Unter dem Schutz der italienischen Polizei, der Carabinieri, die eine grossangelegte Entwaffnung der Arbeiterschaft durchführten, begannen die bewaffnet gebliebenen S.A.-Bataillone des Duce ein fürchterliches Schreckensregiment. Die Zahl der Toten blieb verhältnismässig gering. Aus Gründen der Statistik zog der Faschismus den sogenannten "unblutigen" Terror mit Gummiknüppel und Rizinusöl vor. Von Dorf zu Dorf wälzten sich Schwarzhemdenhorden und hielten "Strafgericht" ab an all denen, die ihnen ortsansässige Gesinnungsgenossen als Gegner bezeichneten.

Als Mussolini die politische Macht erlangte, war er durchaus nicht der absolute Regent, als der er heute auf der politischen Bühne schaltet und waltet. Der Marsch auf Rom hatte ihm nur die Führung eines Koalitionskabinetts bescheert, also ein Amt, das eine ziemliche Aehnlichkeit mit dem Kanzleramt Adolf Hitlers besitzt. Bald flogen die Koalitionsminister hinaus. Der italienische König hatte sowieso schon mit Notverordnungen, mit "Dekrete zur Rettung des Vaterlandes" operiert, so dass es garnicht mehr auffiel. Drei Monate nach dem Marsch auf Rom wurde die S.A. der Faschisten, die sogenannte Miliz staatlich anerkannt und besoldet. Und jetzt beginnt die glorreiche Politik des Duce...

Die Erbschaftssteuer, die einzige ausschliesslich gegen den Besitz gerichtete Steuer, wurde abgeschafft. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst. Die Bank von Rom aber wurde durch Staatssubventionen gerettet, die Ansaldo werft durch Staatszuschuss vor dem Ruin bewahrt. Dreihundert Millionen rückständige Steuern wurden der Schwerindustrie erlassen. Ein Hilfsinstitut für gefährdete Banken wurde auf Kosten des Steuerzahlers gegründet. Der Kredit an das Konsortium für Industriewerte wurde auf über eine Milliarde erhöht, einer der Hauptgründe für die italienische Inflation. Bald darauf wurde die Regierung ermächtigt, Zollerhöhungen ohne vorherige Befragung des Parlaments, einfach auf dem Verordnungsweg vorzunehmen. Der Wohnungszwangswirtschaft ist im Interesse der notleidenden Grundbesitzer ein Ende gemacht worden.

Das Wahlrecht wurde folgendermassen geändert: Diejenige Partei, die fünf- undzwanzig Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt, soll zwei Drittel aller Abgeordnetensitze erhalten. Der Rest der Sitze wird nach dem Stimmenverhältnis geteilt. Trotzdem erfolgte bald nach Einberufung des Parlaments der

"Ausschluss der Staatsfeinde" aus der Kammer. Gleichzeitig wurde die nicht-faschistische Presse unterdrückt.

Diese Vorgänge haben zur Festigung der faschistischen Herrschaft in Italien geführt. Im Jahre 1926 wurde die Mitgliedschaft der faschistischen Partei gesperrt. Sie aber gab allein die vollen Bürgerrechte. So darf z.B. in Italien kein Journalist tätig sein, der nicht Parteimitglied ist. Alle Staatsämter, Konzessionen, Berechtigungen haben absolute "Unverdächtigkeit" zur Voraussetzung. Selbst die Erlangung von Auslandspässen hängt von der Fürsprache des Parteisekretärs ab.

Das heute gültige Wahlrecht der Italiener, das 1928 in Kraft trat, sieht nur die Annahme oder Ablehnung einer einzigen Abgeordnetenliste vor. Diese wird von der Regierung zusammengestellt. Wahlberechtigt sind ausschliesslich Männer, die "keinen staatsfeindlichen Verbänden angehört haben und von der Präfektur in die amtlichen Wahllisten eingetragen worden sind." Gegen die Wahllisten gibt es kein Einspruchrecht.

Aus den Zuständen in Italien muss die deutsche Arbeiterschaft am 5. März die Lehre ziehen, indem sie sozialdemokratisch wählt. Nur die Sozialdemokratie ist der sicherste Hort gegen den Faschismus!

+ + +
Autobus=Katastrophe. In der Nähe von Gijon (Spanien) stürzte ein Autobus eine 100 Meter hohe Böschung hinab und wurde zertrümmert. 10 Personen wurden getötet, 15 schwer verletzt.

+ + +
Flugzeug=Unglück. In der Nähe der japanischen Küstenstadt Tateyama stürzte ein Wasserflugzeug der japanischen Kriegsmarine ins Meer. Von den Insassen wurden drei getötet, sieben verletzt.

+ + +
Rätselhafte Preisrätsel... Die zweite Sonderstrafkammer des Landgerichts I Berlin begann am Donnerstag den auf mehrere Monate berechneten Prozess "Försterling und Genossen". Angeklagt sind sieben Personen; sie werden des Betruges und der Patentverletzung beschuldigt.

Das Gericht hofft, im Prozess Försterling und Genossen ein Exempel an den vielen Preisrätsel-Schwindlern, die seit Jahren Deutschland unsicher machen, zu statuieren. Die Angeklagten Betrüger haben in einer Reihe von Provinzzeitungen systematisch Preisrätsel ausgeschrieben, die sich vor allem durch naive Einfachheit ihrer Lösungen auszeichneten. Die "glücklichen" Rätsellöser bekamen freilich statt des zugesicherten Gewinnes einen - Prospekt zugeschiedt, in dem sie zur Anschaffung von Radioapparaten, Teppichen, Möbeln, Büchern usw. aufgefordert wurden. Jedesmal aber, wenn ein paar tausend Rätsellöser "zusammen" waren, die auf das Recht ihres wohl erworbenen Gewinnes pochten, verwandelte sich die Rätselfirma in eine neue, ohne freilich von der alten Praxis abzuweichen. Zur Klärung der Frage, wie weit sich die Angeklagten strafrechtlich schuldig gemacht haben, wirken mehrere Sachverständige und Verteidiger mit.

+ + +
Fette Beute. In Berlin hat ein Taschendieb einem Börsenmakler die Brieftasche mit 16 300 Mark Inhalt gestohlen.

+ + +
Kälte in USA. Der mittlere Westen Amerikas wird von einer starken Kältewelle heimgesucht. 40 Menschen sind bisher erfroren. Das Frostelend unter den Arbeitslosen ist entsetzlich.

+ + +
Tragischer Tod. Einem merkwürdigen Unglücksfall fiel der 12jährige Schüler Gerhard Ebel aus Wahrburg bei Stendal zum Opfer. Ebel hatte sich an ein Fenster gesetzt und aus Spielerei die Gardinenschnur um das Kinn geknotet. Man nimmt an, dass ihm dann der Bleistift aus der Hand gefallen ist. Als sich der

Knabe nach dem Bleistift gebückt hat, scheint sich die Schnur so fest zugezogen zu haben, dass ihm der Adamsapfel eingedrückt wurde. Die Mutter des Verunglückten fand ihren Sohn später tot auf.

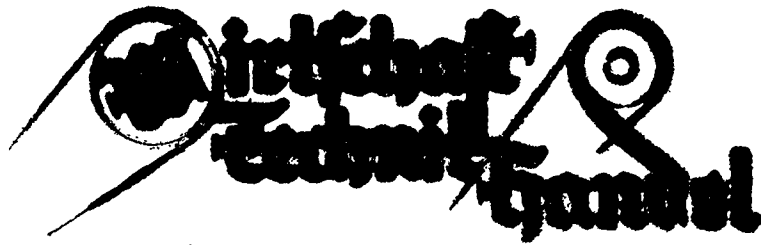
Ungültige Rechtsprechung? In einem beim Reichsgericht anhängigen Revisionsverfahren gegen ein Strafkammerurteil des Landgerichts Gera wird von der Verteidigung geltend gemacht, dass alle Strafgerichte des Landgerichtsbezirks Gera seit längerer Zeit gesetzwidrig besetzt seien. Die Wahl der Schöffen und Geschworenen soll im Widerspruch zum Gerichtsverfassungsgesetz vorgenommen worden sein. Das Reichsgericht wird diese Prozessrüge in der nächsten Woche prüfen. Vorläufig sind alle im Landgerichtsbezirk Gera angesetzten Hauptverhandlungstermine aufgehoben und bis nach der Entscheidung des Reichsgerichts vertagt. Sollte das Reichsgericht den Einwand der Verteidigung gelten lassen, so würden alle von den falsch besetzten Gerichten gefällten Urteile rechtsungültig sein.

Raubmord. Zwischen den beiden rumänischen Eisenbahnstationen Roman und Vasoa wurde kurze Zeit nach der Vorbeifahrt des D-Zuges Berlin - Bukarest der völlig verstümmelte Leichnam des türkischen Kaufmanns Harry Mustafa gefunden. Nach den bisherigen kriminalpolizeilichen Ermittlungen ist Mustafa während der Fahrt im Zuge von Räubern überfallen, ermordet und beraubt worden. Nach der Tat haben die Verbrecher, von denen bisher jede Spur fehlt, den Leichnam aus den Zug geworfen.

Kasse im Kanal. Im Sprée - Teltow-Kanal bei Berlin=Baumschulenweg haben Taucher die beiden Kassen gefunden, die die BVG=Räuber nach ihren blutigen Überfällen in Berlin=Tempelhof und Charlottenburg versenkt haben. Den Fundort hatten die verhafteten Täter angegeben.

Wagner-Ausstellungen. Mehrere deutsche Städte, die sich geschichtlich mit dem Leben und Wirken Richard Wagners verbunden fühlen, veranstalten im Wagnerjahr 1933 interessante Sonderausstellungen. Das stadtgeschichtliche Museum der Wagner'schen Geburtsstadt Leipzig will seine reich ausgestattete Sammlung von Wagner-Erinnerungen durch wertvolle Stücke aus Privatbesitz, die ihm teilweise zur Verfügung gestellt worden sind, ergänzen. Das Museum der Berliner Staatstheater, das Münchener Residenzmuseum, das Museum der Tannhäuserstadt Eisenach und die Stadt Dresden, in der Wagner die Kreuzschule besuchte, 1848 als Revolutionär kämpfte, und in der er fast sieben Jahre als Kapellmeister wirkte, werden das Schaffen des Komponisten illustrativ darstellen. Bayreuth will eine Reihe von erlesenen Stücken des Wahnfried-Archivs der Öffentlichkeit zeigen.

Passfälscher. Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten den bereits seit längerer Zeit im Verdacht der Passfälschung stehenden 35jährigen ehemaligen Tischler Hans Wontorra. In seiner unscheinbaren kleinen Wohnung in der Dragonerstrasse hatte er sich darauf spezialisiert, alte Pässe auszuwaschen, und dann ihre Stempel vollkommen neu nachzuzeichnen. Ausserdem wurde bei einer Haussuchung eine falsche Dollarnote gefunden, die Wontorra mit Hilfe seiner Spezialtechnik zu einem Hundertdollarschein umfälschen wollte. Der Verhaftete wird von der Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung bereits seit dem Jahre 1931 gesucht. Er hatte es vorzüglich verstanden, sein Aeusseres vollkommen zu ändern und die Polizei zu täuschen.



Die Arbeiterbank.

(Der Artikel darf nicht vor Sonnabend veröffentlicht werden.)

SPD. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die im vorigen Jahre die erzielten Gewinne restlos zur Stärkung ihrer Reserven benutzte und keine Dividende ausgeschüttet hat, nimmt für das Jahr 1932 die Dividendenzahlungen mit 5 % wieder auf. Ausserdem werden 200 000 Mark den Spezialreserven zugewiesen und weitere 200 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Vorsicht, die die Bank beim vorjährigen Abschluss hat walten lassen, trägt jetzt ihre Früchte. Auch im laufenden Geschäftsjahr zeigt die Entwicklung eine aufsteigende Tendenz. Die Einlagen (Kreditoren) weisen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung auf und zwar von 135,16 Millionen Mark auf 135,52 Millionen Mark. Dagegen haben sich die Debitoren (Schuldner) verringert, von 86,74 Millionen auf 73,49 Millionen Mark. Die Krisenfestigkeit der Arbeiterbank, die wohltuend von dem Zustand der privaten Banken absticht, müsste in einer Zeit, wo man der modernen Arbeiterbewegung die Schuld des Privatkapitalismus an dem gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaft in die Schuhe zu schieben versucht, zu der Frage führen, warum der Marxismus, der nach der idiotischen Agitation der Nazis auch nun an allem Schuld sein soll, nicht seine eigene Bank, die Arbeiterbank, ruiniert hat? Der Erfolg der von der modernen Arbeiterbewegung geschaffenen Betriebe auch in schwerster Krisenzeit ist der beste Beweis dafür, wie unsinnig die Marxistenhetze ist.

Die Bilanzsumme ist von 151,04 Millionen Mark auf 151,82 Millionen Mark gestiegen, der Umsatz von 3,068 auf 3,149 Milliarden. Bei den Einlagen zeigte sich bis Mitte 1932 ein Absinken. In der zweiten Jahreshälfte setzte sich eine Steigerung durch. Kasse (1,38 Millionen Mark) und Guthaben (2,012 Millionen Mark) halten sich ungefähr auf dem Vorjahresstand. Auch die Wechselbestände, die in der Hauptsache nur solche Papiere enthalten, die unmittelbar bei der Reichsbank verkauft werden können, haben sich mit 3,093 Millionen gegenüber dem Vorjahre, 3,309 Millionen Mark, nur wenig verändert. Die Nostro Guthaben sind von 38,4 Millionen Mark im Vorjahr auf 53,98 Mill. Mark angestiegen. Die eigenen Wertpapiere, 7,13 Millionen gegenüber 8,85 Millionen Mark, bestehen auch dieses Mal wieder im wesentlichen aus festverzinslichen und mündelsicheren Papieren. Die Bewertung derselben dürfte eine innere Reserve für die Bank ergeben.

Von den Ausleihungen ist der Anteil der öffentlich-rechtlichen Institute von 39,83 % auf 41,02 % gestiegen (der der sonstigen Kommunalverbände von 22,79 auf 26,14 %, der der kommunalen Wirtschaftsbetriebe von 7,68 auf 9,86 %; zurückgegangen ist der Anteil der staatlichen Stellen, von 2,24 auf 1,59 %; und der Sozialversicherungsinstitute, von 7,12 auf 3,43 %). Soweit die Betriebe und Organisationen der Arbeitnehmerschaft (Anteil 52,45 % gegen 53,81 % im Vorjahr) in Frage kommen, ging der Anteil der Bauherrenorganisationen (Bauzwischenkredite an Baugenossenschaften usw.) von 28,50 auf 20,82 % zurück, der Anteil der Bauproduktivbetriebe von 6,95 % auf 1,03 %. Dagegen ist der Anteil der der Güterproduktion und der Güterverteilung dienenden Organisation von 8,36 auf 30,60 % gestiegen. Die Veränderungen hängen vielfach mit dem Zusammenbruch des Wohnungsbaus in Deutschland zusammen. So

stellte die Arbeiterbank Bauzwischenkredite im Jahre 1930 für 10 000 Wohnungen zur Verfügung, im Jahre 1931 nur noch für 2 910 und im Jahre 1932 für 1000 Wohnungen.

Die Handlungskosten haben sich von 2,24 Millionen im Jahre 1931 auf 2,476 Millionen Mark erhöht. Die Steigerung erklärt sich durch die Uebersiedlung in das neue Bankgebäude, die einmalige Unkosten brachte. Die Steuern ermässigten sich von 635 000 auf 293 000 Mark. Die Vergütung an den Vorstand ist von 110 000 auf 72 000 Mark gesunken. Der Aufsichtsrat, der ehrenamtlich arbeitet, erhält keine Tantiemen. Demzufolge belaufen sich die Gesamtkosten für den Aufsichtsrat nur auf 6 300 Mark (gegen 9 061 Mark im Vorjahre). Die Gewinne aus Zinsen, Wechseln usw. werden mit 2,305 Millionen angegeben gegenüber 2,245 Millionen im Vorjahre. Die Provisionen erbrachten einen Gewinn von 799 000 Mark (im Vorjahr 768 000 Mark). Die sonstigen Erträge steigerten sich von 67 000 auf 83 000 Mark. Daraus ergibt sich ein Gewinn von rund 1 Million Mark gegen 583 000 Mark im Vorjahr. Es ist anzunehmen, dass die Arbeiterbank nur einen Teil der wirklich erzielten Gewinne ausgewiesen und den grösseren Rest wohl zur Bildung innerer Reserven benutzt hat.

Die Gesamtzahl der Angestellten, die eine 40stündige Arbeitszeit pro Woche haben, hat sich während des Geschäftsjahres von 231 auf 249 erhöht.

SPD. Der Gesamtfehlbetrag bei Reich, Ländern und Gemeinden dürfte für Ende des verflorenen Jahres rund 3 Milliarden Mark ausmachen.

Der amtliche Ausweis über den Stand der Reichsfinanzen am Jahresende zeigt ein ausserordentlich rasches Anwachsen des Fehlbetrags im Reichshaushalt. Während die Reichskasse bis Ende November erst ein Defizit von 73 Millionen hatte, ist allein im Monat Dezember ein neuer Fehlbetrag von 97 Millionen hinzugekommen. Der Gesamtfehlbetrag des Reichs ist damit bis zum Jahresende auf 1 479 Millionen angeschwollen. Fast 1½ Milliarden beträgt also allein das Defizit des Reichs.

Dazu kommen aber noch, wie der Reichsfinanzminister kürzlich im Haushaltsausschuss des Reichstags ausführte, weitere 1½ Milliarden bei Ländern und Gemeinden. Reich, Länder und Gemeinden zusammen haben also rund drei Milliarden ungedeckte Fehlbeträge, nicht gerechnet das Defizit der Sozialversicherung, das ebenfalls mehrere hundert Millionen erreicht.

Das Reich hilft sich notdürftig durch Ausgabe von Schatzwechseln und Schatzanweisungen, also durch Aufnahme von kurzfristigen Krediten, die schon die Summe von fast 3 Milliarden erreicht haben. Viel schlimmer aber sieht es bei den Ländern und vor allem bei den Gemeinden aus. Das Reich hat ihnen gewaltig steigende Arbeitslosenlasten aufgebürdet und verweigert ihnen noch immer ausreichende finanzielle Unterstützung. Es will die Gemeinden auf diese Weise zur Sparsamkeit, d.h. zum Abbau der Wohlfahrtssätze, der Schulausgaben usw. zwingen. Viele Gemeinden stehen in den nächsten Wochen vor der Gefahr, keine Kohlen für ihre Schulen und Krankenhäuser mehr kaufen zu können. Andere bezahlen schon seit Monaten keine Rechnungen mehr und die Stadtkämmerer wissen oft am Tage vorher nicht, woher sie das für den nächsten Tag fällige Geld für die Unterstützungen und Löhne nehmen sollen.

Im Reichskabinett finden seit Tagen Beratungen über die Finanz- und wirtschaftliche Lage statt, die aber nicht vom Fleck kommen. U.a. beschäftigt man sich auch mit "Massnahmen zur Linderung wirtschaftlicher und sozialer Schäden". Es heisst, dass kurz vor der Wahl der Unterstützungen erhöht werden sollen. Der Reichsfinanzminister soll aber angesichts der bedrohlichen Finanzlage Schwierigkeiten machen. Der Finanzminister, der sich in erster Linie als Beamter und nicht als Politiker fühlt, will offenbar nicht verantworten, dass Unterstützungserhöhungen vorgenommen werden, die das Defizit vergrössern und bald durch verschärfte Kürzungen und Abbaumassnahmen ersetzt werden müssten.

SPD. Der Absatz von Kraftfahrzeugen hat sich in den letzten Monaten gebessert. So war z.B. der Verkauf von fabrikneuen Personenkraftwagen im Dezember 1932 um fast 50 % höher als im Dezember 1931, wo allerdings infolge der Bankenkrise nicht viel gekauft sein dürfte. Auf Grund dieser Entwicklung kommt das Konjunkturforschungsinstitut zu der Annahme, dass die Krisis auch auf dem Kraftfahrzeugmarkt überwunden sei. Das Institut schränkt sich aber im selben Atemzug ein, indem es bemerkt, der Kraftfahrzeugabsatz sei immer noch gering und Voraussetzungen für eine fortschreitende Ausweitung des Absatzes von der Einkommenseite her seien zunächst nicht gegeben.

Ueber die wirkliche Lage in der Autoindustrie unterrichtet die Indexziffer der Kraftfahrzeugproduktion, wobei die Produktion von 1928 = 100 gesetzt wird. Danach ergibt sich für die Produktion von Personenkraftwagen für 1932 eine Indexziffer von 28,6, für Lastkraftwagen von 22,9 und für Kraftäder von 18,1. Gegenüber 1928 war die Produktion im verfloßenen Jahr immer noch auf etwa ein Fünftel gesunken. Angesichts dieser Tatsache kann man wohl schlecht von einer "Entwicklungswende" sprechen. Wenn das Konjunkturforschungsinstitut für die letzten Monate einen besseren Absatz an fabrikneuen Waren feststellen kann, so muss dem entgegen gehalten werden, dass ein grosser Teil der Kraftfahrzeuge - bei den Personenwagen soll es ungefähr die Hälfte sein - während des Winters stillgelegt wurde. Das Konjunkturforschungsinstitut erwartet eine Belebung der Autoindustrie durch technischen Ausbau, Verbilligung usw. Unserer Auffassung nach ist die wichtigste Voraussetzung für eine Belebung der Autoindustrie eine radikale Verbilligung der Haltekosten. Hier muss erst mit den Benzinsubventionen und mit den Spritliebesgaben Schluss gemacht werden. Man muss sich immer vor Augen halten, dass in dem gegenwärtigen Benzinpreis Zölle, Spritabgaben usw. in Höhe bis 55 % stecken. Der Einkaufspreis von Benzin in Hamburg beträgt 6 Pfennig pro Liter, also nur etwa den sieben-ten Teil des Verkaufspreises und etwa den vierten Teil des Zolles, der Spritabgabe und der Ausgleichsteuer. Dass die deutsche Autoindustrie bei einer derartigen Belastung nicht in Schwung kommen kann, versteht sich wohl von selbst.

Machen wir uns die andere Seite dieser unsinnigen Steuer-, Zoll- und Liebesgabenpolitik klar: Im Jahre 1928 waren im Kraftfahrzeugbau noch 90000 Personen beschäftigt, im Jahre 1931 nur noch 47 000. In der Bereifungsindustrie fanden 1928 = 9 000 Mann ihr Brot, im Jahre 1931 nur 8 000. Die Zubehörindustrie für den Autobau hatte 1928 noch eine Belegschaft von 100 000 (Arbeiter und Angestellte). Die Belegschaft dürfte bis jetzt auf unter die Hälfte zurückgegangen sein.

SPD. Bei der Reichsbank hat sich in der ersten Februarwoche die Summe der Ausleihungen um 105,3 Millionen Mark auf 2 891 Millionen Mark gesenkt. Der Wechselkredit ging um 66,2 Millionen Mark auf 2 392,8 Millionen Mark zurück. Bei der Währungsreserve liegt ein Rückgang um 2,3 Millionen Mark auf 920,2 Millionen Mark vor. Die Deckung der Noten betrug am Schluss der ersten Februarwoche 28,4 %, gegenüber 27,6 % Ende Januar.

SPD. Berliner Butterpreis vom 9. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 85, II. 78, abfallende Sorten 71. Tendenz: Flau. Alle Sorten 5 Mark niedriger.

Weiterer Rückgang.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Februar.)

SPD. Das Angebot ist auch am Donnerstag weiter gestiegen und reicht fast wieder an den Stand vor der Hitlerhause heran. Trotzdem die Stützungsstellen in grossem Ausmass eingriffen - vor allem mussten sie grosse Mengen auf dem Lieferungsmarkt aufnehmen -, setzte sich ein Preisrückgang sowohl auf dem Lieferungsmarkt als auch auf dem Promptmarkt durch. Die Abflachungen auf dem Promptmarkt betragen für beide Brotgetreidearten rund eine Mark. Auf dem Lieferungsmarkt waren die Rückgänge grösser. Hafer wurde von den Preissenkungen mitgerissen. Auch die Mehlnotizen gaben nach, obwohl sie den Sprung der Getreidepreise während der Hitlerhause nicht mitgemacht hatten. Der am Donnerstag erschienene Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats über eine schnellere Abnahme der Getreidebestände bei der Landwirtschaft blieb ohne Wirkung. Die Börse sagte sich mit Recht, dass dieser schnelleren Abnahme eine weit grössere Aufnahme durch die Stützungsstellen gegenübersteht.

	8. Febr.	9. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	188 - 190	187 - 189
Roggen	154 - 156	153 - 155
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	115 - 118	114 - 117
Weizenmehl	22,65 - 25,90	22,50 - 25,75
Roggenmehl	19,75 - 21,75	19,50 - 21,50
Weizenkleie	8,10 - 8,50	8,00 - 8,40
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $204\frac{1}{2}$ - $203\frac{1}{2}$ (Vor= tag $205\frac{3}{4}$), Mai $206\frac{1}{2}$ - $205\frac{3}{4}$ ($207\frac{3}{4}$). Roggen März $164\frac{1}{4}$ - $163\frac{3}{4}$ ($165\frac{1}{4}$), Mai $166 - 165\frac{1}{4}$ ($167\frac{1}{4}$). Hafer März $124 - 123$ B, Mai $126\frac{1}{2} - 125\frac{3}{4}$ B.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 9. Februar.

A. Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier. 1. G1 vollfrische Eier: Sonderklasse 65 g und darüber 9,50, Grösse A unter 65-60 g 8,50, Grösse B unter 60-55 g 8,25, Grösse C unter 55 - 50 g 7,50, Grösse D unter 50 g 6,25. 2. G2 frische Eier: Sonderklasse 9, Grösse A 8, Grösse B 7,75, Grösse C 7, Grösse D 5,75. 2. Deutsche sortierte Eier: Vollfrische Sonderklasse 9,25, Grösse A 8,25, Gr. B 8. 3. Deutsche unsortierte Eier 7,50 - 8. 4. Deutsche abweichende kleine, mittlere und Schmutzeier: 5,50 - 5,75. **B. Auslandseier:** 1. Dänen und Schweden: 18er 9 - 9,25, 17er 8,50 - 8,75, $15\frac{1}{2}$ -16er 7,50, leichtere 6,50 - 7, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 9, 17er 8,50, $15\frac{1}{2}$ -16er 7,25 - 7,50, leichtere 6,50 - 6,75. 2. Holländer, Belgier und ähnliche Sorten 67 - 69 g 9,25, 60 - 63 g 8,25 - 8,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50. Witterung: trübe, Marktlage unsicher, prompte Ware knapp.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 12.

Berlin, den 9. Februar 1933.

Frau und Nationalsozialismus.^x

SPD. Vor wenigen Jahrzehnten war die Frauenbewegung noch absolute Kampf-
bewegung, die ihre Ideen auf der Ueberzeugung von der gleichen Leistungsfähig-
keit von Mann und Frau aufbaute. Völlige Gleichberechtigung der Geschlechter
auf allen Gebieten, in der Berufswahl und Berufsausübung, auf den Gebieten
des Rechtes und der Sitte, in Wirtschaft und Politik war das Ziel. Vieles
ist erreicht worden. Heute gibt es kaum noch einen Beruf, der - zum mindestens
in der Theorie - den Frauen verschlossen wäre. Aber, und damit stehen wir
schon mitten in den harten Problemen der Praxis, bis zum heutigen Tage ist
der Grundsatz gleicher Bezahlung für gleiche Leistung nicht durchgeführt. Weder
in den Fabriken und Büros, in denen billige Arbeitsware gesucht wird, noch in
den städtischen und staatlichen Betrieben sind die Frauen den Männern im allge-
meinen gehaltlich gleichgestellt. Ausserdem fehlen der Frau fast völlig die Auf-
stiegsmöglichkeiten, die dem Manne ohne weiteres zugebilligt werden. Auch auf
dem Gebiete des Rechtes ist noch unendlich viel zu tun. Es sei nur an das für
die Ehefrau immer noch sehr ungünstige Familienrecht erinnert, das weit von je-
der Gleichberechtigung entfernt ist. Und wie ist es in der Politik? Als die
Frauen das Wahlrecht erhielten, da bewarben sich alle Parteien um ihre Gunst.
Man beeilte sich, ihnen günstige Plätze auf den Wahllisten einzuräumen, und
jede Körperschaft rechnete es sich zur Ehre an, den Frauen die Pforten weit
geöffnet zu halten. Heute aber sind davon nur noch Reste übrig geblieben, und
es wäre zwecklos, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschliessen: Der Frau-
eneinfluss in der Politik ist zweifellos im Augenblick, im Grossen gesehen,
so gut wie ausgeschaltet.

Mitten in dieser für das Frauenschaffen äusserst ungünstigen Zeit wendet
sich nun der Nationalsozialismus an die Frauen und versucht, sie für sich zu
gewinnen. Und das Unerwartete geschieht: Nicht nur Hausfrauen und Haustöchter,
die der Frauenbewegung naturgemäss fern stehen, sondern auch Studentinnen,
denen die Frauenbewegung erst die Plattform ihres Studiums schuf, auf der sich
ihnen die Universitäten öffneten, junge Mädchen geistiger Berufe neben reifen
Frauen begrüssen den Nationalsozialismus mit Begeisterung oder wenigstens mit
Sympathie. Ihnen zur Seite stehen junge Arbeiterinnen der Fabriken, junge
weibliche Angestellte der Büros. Vielen von ihnen hat, so seltsam es klingen
mag, die jüngste Entwicklung der Frauenbewegung und nicht zuletzt die harte
Schule der praktischen Berufstätigkeit, unter wirtschaftlich schwierigsten
Verhältnissen, erst den Weg zum Nationalsozialismus gebnet.

Als die Frauenbewegung noch absolute Kampf-
bewegung war, für die die
Gleichberechtigung von Mann und Frau eine Selbstverständlichkeit bedeutete, da
hätten sich Frauen und Nationalsozialismus bekriegen müssen wie Feuer und
Wasser. Allmählich jedoch bahnte sich im Laufe der Jahre, gerade aus den Er-
fahrungen der Praxis heraus, eine neue Differenziertheit an, die zwar nicht
das Geringste mit Nationalsozialismus zu tun hat, aber eine grosse Anzahl
von Frauen unwillkürlich der neuen Bewegung näher brachte. Das verbindende
Glied war die Frage, die gerade in letzter Zeit auch von Führerinnen der
Frauenbewegung gestellt wird: War die schematische Gleichsetzung von Mann
und Frau nicht eine Oberflächlichkeit? Hat nicht gerade die Praxis bewiesen,
dass die Frauen sich für ganz bestimmte Gebiete vorzüglich eignen, aber auf

ändern nicht die gleichen Leistungen vollbringen können? Damit ist man zweifellos von der alten Linie der Frauenbewegung abgewichen. Aber dieses Verlassen der ursprünglichen Linie bedeutet in Wirklichkeit alles andre als ein Aufgeben des grossen Endzieles, dass nämlich die Frauenarbeit für unsre gesamte Kultur in weit grösserer Masse, als es heute der Fall ist, nutzbar gemacht werden soll. Im Gegenteil: Gerade durch diese neue, feinere Differenzierung sollen erst die eigentlichen Spitzenleistungen der Frau herausgeholt werden. Man will ihr nicht, wie bisher, rein schematisch Aufgaben zuweisen, sondern für gewisse Gebiete spezifische Frauenkräfte einsetzen. Vielleicht wird man auch das bedeutsame Wort Gertrud Bäumers, man müsse jetzt an einer andern Stelle versuchen, tiefer zu graben, in diesem sehr positiven und zukunftsicheren Sinne deuten dürfen.

Dem Nationalsozialismus jedoch ist eine solche Problematik fremd, wie ihn überhaupt das Durchdenken grosser geistiger Zusammenhänge bis zu ihren Wurzeln mangelt. Er sieht nur die gegenwärtige Situation, die der Frau zweifellos wenig günstig ist, von rein äusserlichen Machtgesichtspunkten aus und findet eine sehr banale Antwort auf die Probleme der Frauenarbeit auf allen Gebieten: Er will nämlich ganz einfach in die Vorkriegszeit, ja, noch weiter zurückgreifen und den Frauen mit einer kurzen, militärischen Handbewegung alle seitdem erkämpften Rechte wieder nehmen. "Spezifisch weiblich" ist für ihn nur die Frau, die seinem Machtwillen gehorcht und seinen politischen Zwecken dient. Was in der Frauenbewegung selbst noch völlig im Fluss ist, was auf Grund einer viel zu kurzen Praxis der Frau seit 1918 unter aussergewöhnlichen Umständen, unmittelbar nach einem verlorenen Kriege, mit dem Blicke auf ein Trümmerfeld heute auch noch garnicht eindeutig beantwortet werden kann, zumal da das Riesenproblem der Arbeitslosigkeit wieder ganz neue Fragen in die Debatte werfen musste, das ist für den Nationalsozialismus bereits endgültig abgeschlossen: Die Frauen kehren ins Haus zurück - wie und auf Grund welcher Massnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Männer, der Kurzarbeit und der ungenügenden Löhne, wird übergangen -, und damit wird mit einer flüchtigen Handbewegung alles ausgelöscht, was Generationen von Frauen schufen.

Leider erkennen viele Frauen und Mädchen, die heute den Nationalsozialismus begrüessen, nicht, wie gross der Gegensatz ist, der hier klappt. Der Nationalsozialismus erscheint ihnen fälschlich als Echo, das ihre eigenen Fragen, ihre Berufssorgen und ihre Zukunftswünsche positiv beantwortet, während er doch nur ein rundweg ablehnendes Nein für die Frauen bereit hält. Es ist die grosse Aufgabe der gesamten Frauenbewegung, soweit sie auf demokratisch-republikanischem Boden steht, diesen scharfen Schnitt aufzuzeigen und die tiefe Wesensverschiedenheit zwischen ihrer eigenen Problematik, die auf positive Kulturarbeit der Frau gerichtet ist, und dem zerstörenden Machtwillen des Nationalsozialismus klarzulegen. Besonders die sozialistische Frauenbewegung hat bis in ihren radikalen Flügel hinein allen Grund, dem Nationalsozialismus auch einmal von dieser Seite zu Leibe zu gehen, um alle diejenigen Frauen zurückzugewinnen, für die der Nationalsozialismus ein vorübergehender Durchgang, niemals aber ein Ziel sein kann.

Die Freundin.^x

Von Roger Régis.

SPD. Die elektrischen Glühlampen warfen ihren trüben Schein in den dämmernden Abend. Man drängte aneinander vorbei nach der Untergrundbahn. Paul lehnte unbeweglich unter vielen andern Wartenden am Gitter. Seine Augen spähten durch die andrängende Menge. Sein Herz raste. - Vor acht Tagen hatte er die Bekanntschaft einer jungen Verkäuferin gemacht und sich sterblich in sie

verliebt. Suzanne war reizend mit ihrem blonden Wuschelkopf und dem ewig lachenden Gesichtchen, aus dem die grossen Augen staunend in die Welt blickten und das Näschen so amüsant hervorsprang. Paul glaubte auch annehmen zu dürfen, dass er einen gewissen Eindruck hinterlassen hatte.

Die jungen Leute hatten sich für den nächsten Tag verabredet. Leider kam Suzanne nicht allein. Eine Freundin begleitete sie, eine zierliche Schwarze, namens Marianne, die das entzückendste Geschöpf gewesen wäre, wenn man Suzanne nicht vorher kennen gelernt hatte.

Suzanne erklärte: "Wir arbeiten zusammen und wohnen in derselben Strasse. Wir sind stets beisammen. Sie ist meine beste Freundin. Sie brauchen sich nicht vor ihr zu genieren, Herr Paul."

Paul schluckte seine Enttäuschung hinunter und bemühte sich, liebenswürdig zu bleiben. Aber kann man vor einer Dritten sprechen? Er bewahrte seine sorgsam bedachte Rede auf den nächsten Tag.

Am nächsten Tage begleitete Marianne ihre Freundin wieder. Ebenso alle andern Tage. Gestern nun hatte Paul seiner Angebeteten in einem unbewachten Augenblick ins Ohr geflüstert: "Aber morgen kommen Sie allein! Ich muss Sie sprechen." Suzanne hatte gelacht. Und jetzt wartete Paul klopfenden Herzens an der Untergrundbahn. Plötzlich flammten seine Augen auf. Suzanne überschritt den Platz, sprang an fahrenden Elektrischen vorbei, wand sich um rasende Autos, mit der gelenken Anmut einer jungen Katze. Doch zum Teufel! Hinter ihr bahnte sich mit gleicher Grazie Marianne ihren Weg!

Seine Freude brach zusammen. Wieder begann das öde Spiel. Die beiden Mädchen fassten sich unter, lachten über ein Wort, das sie im Vorübergehen aufschnappten, über die merkwürdige Bewegung eines Fussgängers - über ein Nichts, - und Paul wankte an ihrer Seite, einmal rechts, einmal links, auf schmalen Wegen hinterher, wie ein gut erzogenes Hündchen. Er tobte innerlich und schwor sich: "Das ist das letzte Mal!" Bei der Ueberquerung eines Platzes wurden sie getrennt. Paul musste laufen, um seine Gefährtinnen einzuholen. Einmal bemerkte Suzanne: "Was haben Sie, Herr Paul?"

"Ich? Nichts."

Da lachte sie unsinnig lange. Paul verzog keine Miene. Er schwor Rache. Vor der Haustür der Blondes umarmten sich die Freundinnen. Paul drückte ihnen die Hand und sagte wie immer: "Auf morgen!" Dann schritt er eilig aus, blieb an der Ecke vor einem Buchladen stehen und spähte aus den Augenwinkeln die Strasse entlang. Suzanne verschwand in ihrem Hause, und Marianne ging die wenigen Schritte weiter nach ihrer Haustür.

Als sie den Schlüssel umdrehte, stand Paul neben ihr. "Verzeihung!" keuchte er, "aber so geht das nicht weiter! Jeden Abend hoffe ich, Ihre Freundin allein zu sprechen, und immer sind Sie dabei, sodass ich kein Wort herausbringen kann."

Marianne schien nicht erstaunt zu sein. Sie antwortete sanft: "Ich kann nichts dafür, Herr Paul. Suzanne wünscht, dass ich sie begleite. Wir jungen Mädchen sind unsicher und geben immer nach, wenn wir zum ersten Male mit einem jungen Manne zusammen sind. Aber wenn wir zwei gegen einen sind, dann sind wir stark! Dann können wir lachen und kokettieren! Wir haben unsere Freude - und uns kann nichts passieren!"

"Ich aber," brüllte Paul, "halte das nicht aus! Ihre Freundin macht sich lustig über mich! Morgen komme ich nicht zur Verabredung."

"Ach," seufzte Marianne.

Er sah ihr tief in die Augen und setzte voll frischer Hoffnung hinzu: "Wenn nicht..."

"Wenn?"

"Ja, wenn Sie kommen wollen, Sie allein..."

Er konnte kaum sprechen. Die Schwarze antwortete: "Ich komme. Wir wollen uns nicht an der Untergrundbahn treffen. An der Oper!"

Er presste ihre Hand. Das Vergangene schwand. Die Zukunft winkte verheissungsvoll. Mit den Blondes ist nichts anzufangen! Tja! Die Schwarzen!! Am nächsten Abend stand Paul zur bestimmten Stunde an der Oper: unbeweglich; nur seine Augen spähten in die andrängende Menge. Sein Herz raste. Marianne erschien pünktlich. Doch hinter ihr schritt eine kleine Rothaarige...., eine Freundin, die sie begleitete.

(Berechtigte Uebersetzung von U.E.J.)

Aus der guten, alten Zeit!^x

SPD. Ja, die gute alte Zeit! Wie oft erklingt nicht ihr Loblied - wenn gleich die Sehnsucht nach ihr nach den Erfahrungen einer "freiherrlichen Zeit" herabgemindert ist. Aber wie sah die gute, alte Zeit wirklich aus?

Ich war 1910 Verkäuferin in einem gutgehenden Delikatesswarengeschäft. Der Chef und seine Angehörigen behandelten uns Angestellte anständig, das Essen war gut und auch die Bezahlung nicht sehr schlecht. Ich erhielt 25 Mark bei freier Station. Das Geschäft war von Morgens 7 bis Abends 8 Uhr durchgehend geöffnet, wie das vor dem Kriege überall üblich war. Mittagspause gab es nicht; man ass eben schnell und ging dann wieder in den Laden. Die Zeit nach dem Abendessen um 8 Uhr stand zu unserer Verfügung. Das heisst: nur für die Verkäuferinnen und Angestellten. Für die Lehrlinge gab es noch keinen Feierabend. Die sassen noch im Kontor und machten Schularbeiten oder registrierten, kopierten und machten Geschäftsbücher fertig. Das galt auch für die Sonntage während der Kirchzeit von 9.30 bis 11.30 Uhr. Abwechselnd gingen die Lehrlinge zur Kirche - wehe aber, wenn sie während dieser Zeit auf der Strasse angetroffen wurden! Dann war's mit dem Kirchgang für Wochen vorbei. Um 2 Uhr Mittags war jedoch Ladenschluss. Dann durfte jeder ausgehen.

Durch Vermittlung meines Onkels kam ich aus dieser guten Stellung in eine grössere Stadt des Ruhrgebiets. Ich konnte dort später mehr Geld verdienen - und das war ausschlaggebend. Ein schöner, grosser Laden sollte mich empfangen.....! Den ersten gelinden Schrecken bekam ich bei der Ankunft, als ich das Ende des Ladens nicht übersehen konnte. Ich wurde zwar freundlich empfangen, aber so ganz anders, als ich es gewohnt war. Weil alle Mädchen gleichmässig gekleidet waren, musste ich mir auf einer Art Rumpelkammer passende Kleider aussuchen. Kurz darauf war Mittagszeit für einen Teil der Mädchen, die im Laden entbehrt werden konnten. Sie stürmten nach der Küche, wo auf einer Anrichte ganze Stösse von Tellern standen. Jeder nahm sich einen und ging damit zum Herd, wo eine brummige Köchin aus einem unendlich grossen Topfe jedem Mädchen etwas auf den Teller füllte. Mir war dieser kasernenmässige Betrieb etwas Schreckliches. Beim Mittagessen erfuhr ich, dass 45 Verkäuferinnen und 15 Lehrlinge im Geschäft angestellt waren. Dennoch handelte es sich nicht um ein Warenhaus, sondern um ein grosses Kolonialwarengeschäft, das von allen Strassen besondere Zugänge hatte.

Bald ging der Betrieb im Laden los. Man sah nichts weiter vor sich als eine Kette von Menschen, die nicht abreißen wollte. Wir liefen und rannten, um alles zusammenzuholen, was die Kundschaft verlangte. Dabei war alles schon fertig abgewogen. Zum Frühstück und zur Kaffeezeit musste man sich abmelden. Die Kassiererin schrieb den Namen auf einen Block. Die Pausen durften nicht länger als fünf Minuten dauern. Auch zum Austreten musste sich jeder abmelden; jede Nummer wurde aufgeschrieben, so dass immer eine Kontrolle da war.

Abends vor neun Uhr war dann endlich der letzte Kunde aus dem Laden herausgelassen. Todmüde ging es in den Essaal. Ich merkte gar nicht einmal mehr wie wenig appetitlich es hier aussah. Der Hunger liess keine Zeit zu Betrachtungen. Meine Freude auf ein Bett wurde grausam enttäuscht. Denn nun ging

die Arbeit erst richtig los. Abwiegen, abwiegen! Am Tage hatte man ja keine Zeit dazu. Und so wogen wir Zucker und Reis, Salz und Mehl und was es der Dinge mehr gab. Es wurde 12 Uhr - zuweilen aber noch viel später. Da alle Fenster und Türen mit eisernen Rolläden versehen waren, drang kein Lichtstrahl nach draussen. Ungehindert konnte der Chef arbeiten lassen. Endlich, nachdem sich der Chef vergewissert, dass niemand den Vorgang beobachtete, liess er uns über die Strasse nach unsern Schlafsälen, die über den dortigen Läden lagen. Zu zwölf Personen schliefen wir in einem Zimmer. Die Fenster hatten keinerlei Gardienen und die Wände nicht den geringsten Schmuck. Dafür hatte man nach fünfzehn- bis siebzehnstündiger Arbeitszeit ja auch kein Auge mehr! Vor Müdigkeit sank man in ein schlechtes Bett. In der ersten Zeit wein ich mich jeden Tag in Schlaf. Am andern Morgen weckte uns um 6 Uhr der schreiende Ton einer Glocke. Obwohl das Geschäft erst um 8 Uhr geöffnet wurde, mussten wir so früh aufstehen, um den grossen Laden vorher noch zu säubern. Kurz vor 8 Uhr gab's Kaffee.

Sonntags war das Geschäft von 11 bis 2 Uhr geöffnet. Als ich mich am ersten Sonntag kurz nach 8 Uhr in der Küche zum Kaffeetrinken einfand, lachte man mich aus. Sonntags gäbe es keinen Kaffee - da schliefen die Mädchen bis 10 Uhr. Um 10.30 Uhr gab es dann Mittagessen. Für den Rest des Tages war die Küche für die Angestellten geschlossen; es gab nichts mehr zu essen.

Die jungen Mädchen waren fast alle aus der Stadt oder aus der Umgegend. Ich dagegen war völlig fremd. Mit meinem 15 Mark Monatslohn hätte ich hungern müssen, denn davon musste ich nicht nur meine Wäsche halten, sondern wollte unter allen Umständen auch für meine Mutter, die Witwe war, etwas erübrigen. So war ich auf die Gnade des Onkels angewiesen, der mich in diesen Musterbetrieb gebracht hatte. Sonntags Abends musste alles um 10 Uhr wieder im Schlafsaal sein. Niemand durfte länger wegbleiben, wollte er nicht für die ganze Nacht ausgeschlossen sein. Mit meinem Onkel wollte ich einmal ins Theater und versuchte deshalb, Urlaub zu bekommen - vergeblich. Eine Ausnahme könne man nicht machen.

So ging das Woche um Woche. Jeden Tag wurde bis 12 Uhr und darüber hinaus gearbeitet. Von den jungen Lehrling Mädchen bekamen einige des öfteren Abends Krämpfe. Aber niemand sagte etwas; niemand beklagte sich - aus Angst, die Stellung zu verlieren. Organisierert war damals noch niemand.

Nach neun Wochen hatte ich zehn Pfund abgenommen. Das Weihnachtsfest rückte näher. Immer schlimmer wurde der Betrieb im Laden, immer länger der Arbeitstag. Einmal war es 2 Uhr Nachts, als wir ins Bett kamen. Ich konnte dies Leben nicht länger ertragen und wollte Schluss machen. Aber wie? Bevor ich nicht eine neue Stelle hatte, wollte ich nicht kündigen. Nach Haus fahren und meiner Mutter zur Last fallen konnte ich nicht. Arbeitslosenunterstützung gab es damals natürlich noch nicht! So beschloss ich, krank zu werden. Heute weiss ich, dass ich frevelhaftes Spiel mit meiner Gesundheit trieb; damals aber war mir alles egal. Nur richtig ausruhen und schlafen wollte ich einmal! Ich wusch mir also den Kopf mit kaltem Wasser und hielt ihn zu allem Ueberfluss eine ganze Weile aus dem Fenster. Und das im Dezember! Ich war am andern Morgen noch nicht krank, wie ich gehofft hatte. Auch am zweiten Tage noch nicht. Am dritten Tage ging es mir aber nicht gut. Ich fühlte mich schon Morgens nicht mehr wohl, schleppte mich aber doch bis zum Abend hin - bis ich dann hinter dem Ladentisch ohnmächtig wurde. Als ich erwachte, lag ich mit einem starken Schüttelfrost im Bett. Am andern Tage kam ich mit einem Lungenkatarrh ins Krankenhaus. Dort feierte ich in Fieberphantasieen Weihnachten.

Ich gesundete wieder. Ja, ich hatte Glück! Ich brauchte ihn den schrecklichen Betrieb nicht zurück. Mein früherer Chef holte mich wieder.

Sicher sind auch heute noch manche Wünsche offen - aber: ist heute nicht der Sieben-Uhr-Ladenschluss? Haben wir nicht eine durchgehende Mittagszeit? Wer muss heute noch beim Chef wohnen? Die Jugend tummelt sich heute in den

Sport- und Jugendvereinen. Der Sonntag steht voll zur Verfügung für Wanderungen. Man fühlt sich als freier Mensch! Wer denken kann, wird niemals diese gute, alte Zeit herbeiwünschen, sondern sich einreihen in unsre stolzen Organisationen, die weiter für eine schönere Zukunft der Menschheit kämpfen!

Aenne Strutz.

Frau auf dem Balkon.^x

SPD. Ein Mann ohne Hut sah sie zuerst. Er blieb plötzlich stehen, nahm einen Zigarrenstummel aus dem Munde und sah interessiert hinauf. Ich kam eben vorüber. Der Mann hielt mich am Ärmel fest. Ueberrascht sah ich mich um. Da sagte er beruhigend: "Na, sehn Se doch mal hin, is das nich 'ne Frau?"

Ich sah hin. Etwas Weisses zeigte sich dort auf dem Balkon im ersten Stock. Man konnte nicht viel erkennen. Die Strasse lag in der Beleuchtung einiger Ecklaternen.

"Ein Hemd auf der Leine!" sagte ich. Was ging mich das an? Aber der Mann machte geniesserisch den Mund auf: "Eine Frau, mein Lieber!"

Jetzt blieben noch andre nächtliche Passanten stehen. Alle sahen auf den Balken.

"Eine Frau!" wiederholte ein gutgekleideter Herr.

"Im Nachthemd!" setzte ein junger Mann hinzu.

Wirklich! Eine Frau im Nachthemd auf dem Balkon! Was war mit dieser Frau?

"Mondsüchtig!" lachte der Mann ohne Hut.

"Von dem bisschen Laterne?" fragte der junge Mann.

"Sie muss ja frieren!" dachte ich.

Der gutgekleidete Herr schlug seinen Mantelkragen hoch.

"Hallo!" rief der Mann ohne Hut hinüber. "Hallo!"

Die Frau gab keine Antwort. Sie stand ganz still. Jetzt bewegte sie ihre Arme. Sie liess sie wieder sinken.

"Eine Irre!" sagte der junge Mann.

"Schupo!" schlug der bessere Herr vor.

"Feuerwehr!" sagte ich.

"Hallo!" riefen jetzt der Mann ohne Hut, der Junge, der gutgekleidete Herr und ich hinüber. "Fehlt Ihnen was?" setzte ich hinzu. Meine Stimme klang wie dumpfes Donnern in der nächtlichen Strasse.

Jetzt schrak die Frau auf. Sie kreuzte die Arme über der Brust.

"Sie weint!" sagte jemand.

"Reden Sie doch! Können wir Ihnen helfen?" rief ich wieder hinauf.

Der junge Mann mass die Höhe zum Balkon. Er schritt rasch über die Strasse und kletterte über das Gitter des kleinen Vorgartens.

"Na, na," meinte der Mann neben mir. In diesem Augenblicke kam eine Schutzstreife vorüber. Der Mann berichtete; die Beamten sahen sich das an. "Hallo!" rief der eine hinüber.

Die Frau trat tiefer in den Balkon zurück. Das weisse Hemd leuchtete noch immer.

"Verflucht!" sagte jemand.

Der junge Mann war jetzt im Vorgarten, konnte aber nicht weiter.

Plötzlich wurde drüben Licht in einem Zimmer gemacht. Es war das Balkonzimmer. Hinter der Gardine wurde der Schatten eines Mannes sichtbar. Mir kam ein Gedanke, eine Erklärung, aber ich sprach es nicht aus.

Oben wurde die Balkontür aufgerissen. Ein Mann steckte wütend seine Arme hinaus und zog die weinende, zitternde Frau ins Zimmer.

"Lump!" schrie plötzlich verstehend der Mann ohne Hut.

Der Junge spuckte in weitem Bogen über die Strasse.

"Was soll man da...?" murmelte der gutgekleidete Herr und zuckte die Schultern. Die Schupo-beamten entfernten sich leicht grüssend. Drüben ging das Licht schon wieder aus.

"Jetzt kriecht sie wieder ins Bett!" sagte jemand.

"Ein idealer Gatte!" dachte ich.

Wir standen noch kurze Zeit zusammen. Kleine Geschichten aus dem Alltag wurden erzählt. Dann verschwand einer nach dem andern. Ich sah noch einmal nach den Fenstern hinauf. Man konnte nur ahnen, was dort vorgefallen war.....

Kurt Rudolf Neubert.

SPD. Lebertran als Erkältungsschutz?^x Angesichts der diesjährigen Grippewelle, die diesmal eine erschreckende Ausdehnung angenommen hat, erscheinen die Versuche einer grossen New Yorker Versicherungsgesellschaft über die Frage, wie sich die Zahl der an Erkältung Erkrankten einschränken lasse, durchaus beachtlich. Ausgangspunkt der Untersuchung war es, dass das Vitamin A, das im Lebertran reichlich enthalten ist, eine Abwehrwirkung gegen Infektion besitzt. Es war also zu untersuchen, ob regelmässige Gaben von Lebertran eine Herabsetzung der Anfälligkeit für Erkältung bewirkten. Zu diesem Zwecke wurde eine Versuchsgruppe von 185 Angestellten ausgewählt, die neben ihrer gewohnten Nahrung täglich Morgens oder Nachmittags einen Teelöffel Lebertran bekamen. Eine lebertranfreie Gruppe umfasste 128 Personen. Das Ergebnis war, dass von der Lebertran-Gruppe etwa 45 %, von der lebertranfreien Kontrollgruppe dagegen über 67 % an Erkältungen erkrankten. Vergleicht man die Zahl der versäumten Arbeitstage, die gleichzeitig einen Masstab für die Schwere der Erkrankungen liefert, so ergibt sich, dass die Zahl der versäumten Arbeitstage bei der Lebertran-Gruppe nur halb so gross war wie die ihrer Arbeitskollegen, sodass nach dieser Feststellung wohl eine gewisse Schutzwirkung des Lebertrants gegen Erkältung angenommen werden darf.

SPD. Vorbildlicher Gesundheitsschutz.^x Da Quecksilberdämpfe ausserordentlich giftig sind und die schwersten Schädigungen im menschlichen Organismus hervorrufen, ist man heute allenthalben bestrebt, wirksame Abwehrmassnahmen zu ergreifen. Nirgends aber ist der Schutz des Arbeiters so radikal durchgeführt wie in den spanischen staatlichen Quecksilbergruben im Almaden, dem grössten Quecksilberlager der Welt. Das dort geförderte Erz ist grösstenteils Zinnober, das bis zu 35, ja, vereinzelt sogar bis zu 45 % Quecksilber enthält. In vielen Grubenteilen kommt aber auch metallisches Quecksilber vor, das sich in kleineren oder grösseren Tropfen auf den Spalten und Klüften des Gesteins und Erzes befindet. Die Bergleute arbeiten deshalb im Laufe eines Monats nur 8 Tage in der Grube; während der übrigen 3 Wochen werden sie mit irgendwelchen Arbeiten über Tage beschäftigt. Der folgende Monat steht ihnen völlig zur eigenen Verfügung frei. Durch diese grosszügigen Massnahmen hat das Werk erreicht, dass nur noch alte Bergleute die Nachwirkungen früherer Quecksilbervergiftungen aufweisen, die jüngeren aber völlig verschont geblieben sind. Jeder Bergmann ist gezwungen, noch ein Handwerk zu erlernen, damit er jederzeit über Tage beschäftigt werden kann. Selbstverständlich ist die Belegschaft des Werkes ungeheuer gross, und das geförderte Erz steht dazu in keinem Verhältnis.
